

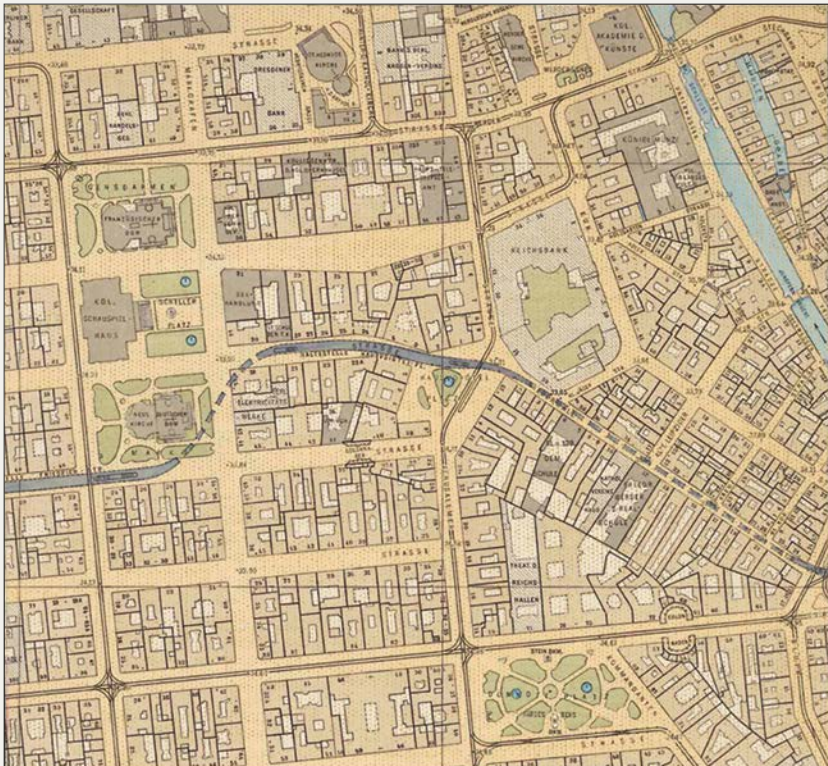
MINISTERIUM UND
GESCHICHTE

Konfektion und Repression

Das Schicksal jüdischer Unternehmer
im Nationalsozialismus auf dem Areal des
heutigen Dienstsitzes des Ministeriums



Bundesministerium
der Justiz



Übersichtsplan von Berlin, Bl. III A

Städtisches Vermessungsamt, Stich, Druck und Verlag Geographisches Institut Julius Straube, Berlin 1908, LAB F Rep. 270, A 2012.

Titelbild

Berlinerinnen begutachten die neue Frühjahrsmode in einem Schaufenster in Berlin, 1932.

Foto: Timeline Classics



Bundesministerium
der Justiz

Konfektion und Repression

Das Schicksal jüdischer Unternehmer
im Nationalsozialismus auf dem Areal des
heutigen Dienstsitzes des Ministeriums

Vorwort



Das Bundesministerium der Justiz hat seinen Sitz im einstigen jüdischen Konfektionsviertel von Berlin – dem damaligen Zentrum der deutschen Modewelt. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwarfen und fertigten hier Kleidung, bis die Nationalsozialisten die Betriebe enteigneten und die Menschen drangsalierten, vertrieben, deportierten und ermordeten.

Unser Ministerium steht im Dienst von Recht und Freiheit. Wer heute in diesem Haus arbeitet, muss wissen, welches Unrecht den Menschen geschehen ist, die früher in diesem Viertel und im gleichen Gebäude tätig waren.

Das BMJ hat deshalb vor Jahren die Humboldt-Universität zu Berlin gebeten, die Geschichte unseres Gebäudes und das Schicksal seiner Bewohnerinnen und Bewohner zu erforschen.
Dr. Christoph Kreuztmüller, Eva-Lotte

Reimer und Prof. Dr. Michael Wildt haben eine Studie erarbeitet, für die ich dankbar bin und die wir mit dieser Broschüre, nachdem sie vergriffen war, der Öffentlichkeit erneut vorstellen.

Wir wollen das Andenken an die vertriebenen und ermordeten Menschen wach halten und uns der Verantwortung stellen, die aus den unfassbaren Verbrechen für unsere Gegenwart bleibend folgt. Kein denkender und fühlender Mensch kann diese Verantwortung leugnen. Und uns muss klar sein, dass wir ihr so lange nicht gerecht werden, wie in unserem Land Menschen leiden und sterben, weil man sie für „fremd“ erklärt.



Dr. Marco Buschmann, MdB
Bundesminister der Justiz

Inhalt

| | |
|---|----|
| Einleitung | 8 |
| Jüdische Unternehmen zwischen Mohren-, Kronen- und Jerusalemmer Straße | 12 |
| Die Frühphase der Verfolgung (1933) | |
| Graumann & Stern | 17 |
| Die „Nürnberger Gesetze“ (1935) | |
| Max Behrendt | 24 |
| Die Radikalisierung der Verfolgung (1937/38) | |
| Karl Leissner, Ernst Loepert | 30 |
| Der Novemberpogrom (1938) | |
| Wolf & Schlachter | 36 |
| Flucht – Nach Shanghai (1938/39) | |
| Familie Salomon | 41 |
| Die Deportationen (ab 1941) | |
| Charlotte Baehr, Sally Fraenkel | 47 |
| Die Textilindustrie im Krieg | 51 |
| Entschädigung und Rückerstattung(1945–heute) | 54 |
| Literatur, Quellen, Archive & Einzelnachweise | 58 |

Einleitung

Der auf den Grundmauern des ehemaligen Stadtgefängnisses angelegte Hausvogteiplatz war bis zum Zweiten Weltkrieg das unbestrittene Zentrum der deutschen Modewelt – und ein Ort von internationaler Ausstrahlung. Viele der bekannten Konfektionshäuser wurden von Unternehmern geführt, die jüdisch waren oder auch von den Nationalsozialisten als Juden betrachtet wurden. Allein auf dem Areal des heutigen Dienststitzes des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) befanden sich nachweislich neunundfünfzig (!) jüdische Betriebe.

Ab 1933 wurden diese Betriebe von den Nationalsozialisten, ihren Helfern und Claqueuren, durch gewalttätige Blockaden und Boykotte angegriffen und mit einer Flut von Verordnungen und Gesetzen behindert. Zwar konnten einige über das Auslandsgeschäft zunächst Einbußen im Inland kompensieren, spätestens nach dem Pogrom im November 1938 wurden aber alle jüdischen Gewerbetreibenden auf dem Areal des heutigen Bundesministeriums zur Aufgabe ge-

zwungen. Insgesamt wurden mindestens neun Betriebe in den Besitz von Nicht-Juden überführt, 50 wurden liquidiert.¹

Während viele Konfektionäre, auch dank ihres internationalen Renommees, emigrieren konnten, wurden andere von den Nationalsozialisten verschleppt und ermordet. Das Reichsjustizministerium flankierte den arbeitsteilig durchgeführten Massenmord mit Gesetzesinitiativen.

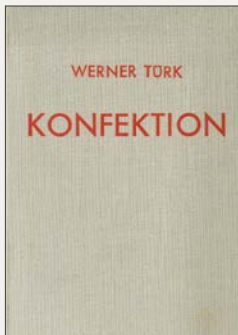
Die vorliegende Broschüre entstand im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz. Sie verfolgt das Ziel, die konkreten Schicksale der jüdischen Unternehmen und Unternehmer im Gebäude des heutigen Dienststitzes des Ministeriums aufzuzeichnen und so dem Vergessen zu entreißen. Angesichts der erstaunlichen Fülle von Firmen haben wir uns im Sinne der Lesbarkeit dazu entschieden, vor allem einzelne Schicksale, die besonders aussagekräftig und spannend waren, exemplarisch zu entfalten und sie in die Phasen der Vernichtung der

jüdischen Gewerbetätigkeit einzubetten. Unser Anspruch ist dabei, aufzuzeigen, dass die jüdischen Konfektionäre sich – oft mit Verve und manchmal sogar mit Erfolg – gegen die Verfolgung zu behaupten suchten.

Ausgangspunkt der Recherchen war die Datenbank jüdischer Gewerbebetriebe (DjGB), ergänzend wurden Akten des Berliner Handelsregisters, die im Landesarchiv Berlin überliefert sind, Akten der Berliner Wiedergutmachungsämter (ebenfalls im Landesarchiv Berlin) sowie – dank der Unterstützung des BMJ – auch Akten des Archivs des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Ver-

mögensfragen ausgewertet. Für die individuellen Schicksale der jüdischen Verfolgten waren Akten der Entschädigungsbehörde Berlin von besonderer Bedeutung, ebenso wie die Findmittel und Bestände der Stiftung Warburg Archiv (Hamburg), des Archivs der Gedenkstätte Yad Vashem (Jerusalem), der Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem) sowie der Wiener Library (London).

Dr. Christoph Kreuzmüller
Eva-Lotte Reimer
Prof. Dr. Michael Wildt



Umschläge der Romane „Konfektion“ von Werner Türk und „Leute machen Kleider. Roman vom Hausvogteiplatz“ von Gustav Hochstetter (beide: Berlin, 1932).

Zwei Romane über den Hausvogteiplatz

1932 erschienen zwei Romane über das Konfektionsviertel. In „Konfektion“ und „Leute machen Kleider. Roman vom Hausvogteiplatz“ gaben die jüdischen Autoren Werner Türk und Gustav Hochstetter, ausgehend von der Wirtschaftskrise, einen ungeschminkten Einblick in den oft hektischen Betrieb der Konfektionshäuser am Hausvogteiplatz. Die Bücher wurden am 10. Mai 1933 auf dem heutigen Bebelplatz verbrannt. Werner Türk gelang die Emigration nach Großbritannien, wo er 1986 verstarb. Gustav Hochstetter wurde in das Ghetto Theresienstadt deportiert und fiel dort 1944 den schrecklichen Lebensbedingungen zum Opfer.



Ahders & Basch A.G.

Das Haus der Frauenkleider

Berlin W 8
Kronenstr. 17-19

Georg Heymansohn
Kleider
Blusen
BERLIN W 8
KRONENSTR. 41

HIELSCHER & CO.
BÄCKFISCH- UND FRAUENMÄNTEL

BERLIN W 8
KRONENSTRASSE 33

Paul Aschuer
Jugendliche Kleider - Sport

BERLIN W 8
KRONENSTRASSE 55

B. Rosenberg & Co.
Berlin W 19
Jerusalem Str. 26

Arthur Gaduel
Sportliche Kleider
Engros - Export
BERLIN W 8
Kronenstr. 36

Adolf Baehr Kleider
BERLIN W 8 MOHRENSTR. 36/37

ERWIN FEDER
MÄNTEL UND KOSTÜME

BERLIN W 8
Kronenstrasse 36

Luscio

GOLDBERG & SANDER

G. m. b. H.

Berlin W 8, Kronenstr. 38/40

FABRIKATION JUGENDLICHER MÄNTEL UND KOSTÜME - KINDERMÄNTEL

BERLIN W 8
KRONENSTR. 38/40

Colani & Co., Damenstoffe engros
Kronenstr. 41 Merkur 5177



Jakobowski & Cohen
Mäntel - Kostüme

Handarbeit

Berlin W 8
Kronenstr. 35/40 (Brauereihof)

HUGO JSAAC
AGENTUR und COMMISSION
JERUSALEMER-STRASSE 50 51
Ecke Zimmerstrasse.



KURT SCHEPNER
Röcke / Mäntel - Charmeuse-Kleider
jetzt **MAX SCHMIDT**

BERLIN W 8
Kronenstr. 37 38
im Hauptgebäude der Kaiserhofes

Stenger & Schott G. m. b. H.
Kronenstr. 35, prt.

Berlin W 8
Kronenstr. 45
Ecke Hauptstrasse

LEWINNEK & SCHÖNLANK

SPEZIALITÄT: DAMEN-MÄNTEL UND KOSTÜME
IN JUGENDLICHERM GENRE



MICHAELIS & GRÄFENBERG
ENGROS. DAMEN-MÄNTEL-FABRIK. EXPORT.

Leonhard Wertheim Berlin W 8
Kronenstr. 38/40

Berlin W.
Kronenstrasse 39/40.

Treitel & Meyer

Graumann & Stern

Signets jüdischer Unternehmer
Berlin W 8
Mohrenstrasse 36-37



C. NEUMANN & CO.
DAMENKLEIDER

BERLIN W 8,
Kronenstr. 41

HIRSCH & SÜSSKIND

Damen- und Backfisch-Mäntel



Berlin W 8
Mohrenstr. 37 a

Wolf & Schlachter

FABRIKATION MODERNER DAMENBEKLEIDUNG

Max Frank jr.
Kronenstr. 36

BERLIN W 8.
MOHRENSTR. 36

Niemberg & Jacobowitz

DAMEN-MÄNTEL UND-KOSTÜME



Berlin W 8
Mohrenstr. 36-37
KRONENSTR. 36

ERNST NUSSBAUM KLEIDER

BERLIN W 8 · MOHRENSTR. 36-37 · TEL. A 6 · MERKUR 7381



Sally Fraenkel

Damen-Mäntel-Fabrik

BERLIN SW 68
Jerusalem Str. 8

SCHAUL & MANASSE

Velvets - Cords - Seide

BERLIN SW 10
Lindenstr. 54

Brüder Feige
Damenmäntelfabrik

Berlin W 36
Mohrenstr. 36/37

Seligler & Co.

BERLIN W 8
KRONENSTR. 48-49

Max Beherndt

Engros - Kleider und Röcke - Export

CASPER & CO. G.M. BERLIN W 8

MÄNTEL / KOSTÜME
EIGENE ATELIERS



Berlin W 8,
Mohrenstr. 36-37

Graumann & Schreibmann

BACKFISCH- UND KINDER-KONFEKTION

Berlin C 19,
Jerusalem Str. 28

WALTER WACHSNER

KLEIDER - BLUSEN - RÖCKE



BERLIN W 8
Mohrenstr. 36



ARNOLD TÜRK & CO.

Modische Kleider u. Blusen

BERLIN W 8
Mohrenstr. 36-37

Kurt Glesinger

FABRIKATION VON KLEIDERN U. REGENMÄNTELN

AMSTERDAM - KOPENHAGEN - LONDON - PARIS - ZÜRICH

BERLIN W. 56
MOHRENSTR. 36/37

Jüdische Unternehmen zwischen Mohren-, Kronen- und Jerusalemmer Straße

Der heutige Standort des BMJ umfasst die Grundstücke Mohrenstraße 36 bis 38, Kronenstraße 35 bis 41, und Jerusalemmer Straße 24 bis 28. Auf diesem Gelände befanden sich um 1933 insgesamt 59 jüdische Gewerbebetriebe:

Mohrenstraße 36 bis 38

36/37

- S. Binswanger Knopfgroßhandlung (1900–34)
- Meyersohn & Tobias Seidenwaren (1902–38)
- Max Behrendt Kostümröcke (1904–40)
- Salomon & Kaminsky Damen- und Mädchenmäntel (1910–37)
- Glaß & Graetz Damenmoden im besseren Genre (1911–40)
- Wolf & Schlachter Damenbekleidung (1919–39)
- Brüder Feige Damenmäntelfabrik (1920–38)
- Graumann & Stern Damenmäntel und Kleider (1922–38)
- Ahders & Basch Modellkollektionen (1928–38)
- Walter Wachsner Damenkonfektion (1933–38)
- Motü Modische Kleider und Blusen GmbH (1934–36)
- Ernst Nußbaum Kleider (1936–39)

37

- Ella Lehmann GmbH, vorm. Conrad & Rogozinski Damensportbekleidung (1934–36)
- Max Leissner, Einzelkaufmann, Inhaber (1935–39)

37 a

- Simon Westmann Damen Konfektion & Trauer Magazin (1900–32)
- Gebrüder Ries Textilwaren en gros (1920–40)
- Hirsch & Süßkind Damenkonfektion (1923–39)
- Ernst Plachta Pelzfabrikation (1926–39)
- Georg Eichelgrün Damenmäntel (1927–33)
- Paul Aschner Damenbekleidung (1933–35)
- Lebram & Wallach Damenmäntel (1933–39)
- Herbert Labandter Damenkleiderherstellung (1934–38)

38

- Sally Fraenkel Damenmäntel und Jacken (1901–34)

Kronenstraße 35 bis 41**36**

- Embeco Modische Bekleidungs-Kompagnie Abromeit & Huth Damen-Oberbekleidung (1901–39)
- H. Kantorowicz & Co. Damenblusen, Kinderkleider (1902–39)
- Max Frank jr. Futterstoffe (1905–39)
- Hermann Schwesenzner Kleider und Blusen (1929–38)
- Arthur Gadiel Kleiderkonfektionsfabrik (1934–37)
- Heinrich Bielschowsky Damenmäntel (1934–38)
- Ernst Loepert Damenbekleidung (1934–39)
- Erwin Feder Damenmäntelfabrik (1937–40)

38 / 40

- Bibo & Jackier Damenmäntel (1902–38)
- Hugo Ivers Textilvertretungen (1903–39)
- Leonhard Wertheim Spezialfabrik für garnierte Kleider (1905–37)
- Adolf Wittkowski Schürzen und Jupons (1907–37)
- Berthold Hammel Damen- und Kinderbekleidung (1911–41)
- Arnold Frischmann Damenkonfektion (1913–39)
- Jakobowski & Cohen Damenkonfektion (1914–37)
- Sonnenfeld & Jaroczynski (1919–38)
- Gumpel, Rosenbach & Co. Damenmäntel-Fabrikation (1919–40)
- Treitel & Meyer Blusen und Kleider (1920–39)
- Lux & Co. Backfisch- und Knabenkonfektion (1921–39)
- Goldberg & Sander Damen- und Kinderbekleidung en gros (1922–38)
- Weinstein & Landauer AG (1932)
- Fritz Weil & Co. Damenbekleidung (1935–39)
- Philipp Gerber Blusen (1936–39)

41

- S. Jaraczewer Damenbekleidung Mittelgenre (1902–39)
- Lewinnek & Schönlanck Mädchenmäntel en gros und Export (1910–40)
- Fließner & Rosenthal Damenkonfektion (1930–40)
- Hielscher & Co. Backfisch- und Damenmoden (1933–40)
- Erwin Leibke Bekleidung (1934–39)
- C. Neumann & Co. Damenkleiderfabrikation (1937–38)

Jerusalemmer Straße 24 bis 28**24**

- Max Süßkind & Co. GmbH Kostüme (1926–35)

26

- Mendelsohn, Meyerhof & Co. Bernhard Mendelsohn Blusen und Kleider (1934–36)
- B. Rosenberg & Co. Kleider, Blusen und Röcke (1934–39)
- A. Falkowitz & Co. Damenkonfektion (1935–40)

28

- Eugen Herzberg Agentur (1901–40)
- S. Rosenbaum Damenmäntel en gros (1902–38)
- Silberberg & Auerbach Besatzartikel (1910–36)

Eine Fotografie aus der jüdischen Branchenzeitschrift „Der Konfektionär“ vom 1. April 1930 zeigt vier Männer mit langen dunklen Mänteln, die Filzhüte tragen und weiße Blätter an einen Pfeiler drücken. Das – inszenierte – Foto wurde aus einigen Metern Entfernung bei Tageslicht aufgenommen, scheinbar steht das Grüppchen links von einer Hofeinfahrt. Wo das Bild aufgenommen wurde, erfährt der Betrachter durch die Überschrift: am Hausvogteiplatz – mitten im Berliner Konfektionsviertel und in nächster Nähe des heutigen Dienstsitzes des BMJ. Die Unterschrift konkretisiert den Ort: „Zwischen Hausvogteiplatz und Dönhoffplatz“ – das heißt in der Jerusalemer Straße (s. Karte). Laut Bildunterschrift handelte es sich bei den Männern um „Textilvertreter“, die tag-

täglich „Mittag gegen 3 Uhr“ dieses Haus aufsuchten in der Hoffnung, Aufträge zu erhalten. Überraschend ist die Bezeichnung der Wand als „Klagemauer“, laut Untertext handelte es sich um „ein Stück der ‚Original-Klagemauer‘ in Jerusalem“, das „vor kurzem nach Deutschland überführt“ worden sei.

Offensichtlich handelte es sich hierbei um eine Tatarenmeldung – wäre ein Teil der Klagemauer tatsächlich aus Jerusalem nach Berlin verschifft und am Hausvogteiplatz aufgebaut worden, hätte es wohl für mehr mediales Aufsehen gesorgt, als nur für diese Erwähnung in einer Branchenzeitschrift. Allerdings verrät das Ensemble von Überschrift, Bild und Bildunterschrift viel: Es weist den Hausvogteiplatz als einen Pilgerort der deutschen Mode-

industrie aus. Jeder, der auf Aufträge angewiesen war, musste dort auf Auftragserteilungen hoffen, wo die Modefirmen en masse angesiedelt waren. Die trockene, ironisch wirkende Feststellung, dass die Auftragszettel leer blieben, führt dem Betrachter die Wirtschaftskrise vor Augen, die sich natürlich auch in der Textilbranche niederschlug. Durch die Verwendung des Begriffes „Klagemauer“ wurde der

Hausvogteiplatz außerdem als jüdischer Ort markiert. In Anbetracht der antisemitischen Atmosphäre in Berlin 1930 liegt es zunächst nahe, hinter dieser Meldung Antisemitismus zu vermuten. Allerdings gehörte die Zeitschrift dem Verlag „L. Schottlaender & Co.“ in der Krausenstraße an, der ab 1933 von Nationalsozialisten als jüdisch betrachtet, im Laufe der 1930er-Jahre von Nicht-Juden übernommen wurde.²

Die Klagemauer am Hausvogteiplatz



Zwischen Hausvogteiplatz und Dönhofsplatz ist ein Stück der „Original-Klagemauer“ in Jerusalem, das vor kurzem nach Deutschland überführt wurde, angebracht worden. Hier kommen jeden Mittag gegen 3 Uhr die Textilvertreter zusammen, um betrachten ihre Order- und Auftragszettel, auf denen nichts steht.

Photo: Luise S. Knapp



Eine Klagemauer am Hausvogteiplatz – Ein Aprilscherz?

Zum Hausvogteiplatz pilgerten die Zwischenmeister, um als Subunternehmer der bekannten Konfektionshäuser Aufträge zu erhalten. In der vom jüdischen Verlag „L. Schottlaender & Co.“ herausgegebenen Branchenzeitschrift wurde satirisch dargestellt, wie schlecht die Auftragslage während der Weltwirtschaftskrise 1930 war.

Artikel aus „Der Konfektionär“,
1. April 1930

Die Frühphase der Verfolgung (1933)

Trotz der antisemitischen Stimmung in der deutschen Hauptstadt, mit ihren Straßenkämpfen zwischen KPD- und NSDAP-Anhängern, zog es in den frühen 1930er-Jahren viele jüdische Familien aus der deutschen Provinz nach Berlin.

Der offene Antisemitismus in kleinen Gemeinden zwang viele Menschen dazu, ihre Geschäfte aufzugeben und ein neues Auskommen in der Metropole zu finden. In Berlin lebten ein Drittel der Juden in Deutschland und über die Hälfte der Juden aus Preußen.³ Der Hausvogteiplatz galt innerhalb Berlins als „jüdisches Viertel“, ebenso galt die Konfektionsindustrie als jüdisch. Antisemitische Angriffe begannen dort nicht erst mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933, sondern können bereits für 1930 nachgewiesen werden, als gewaltbereite NSDAP-Anhänger nach der konstituierenden Reichstagsitzung im Oktober 1930 neben den Einkaufsstraßen Leipziger Straße und Friedrichstraße auch im benachbarten Konfektionsviertel randalierten und Geschäfte demolierten. Dies musste zum Beispiel der Caféhaus-

betreiber Isidor Dobrin schmerzlich erfahren, dessen stadtbekanntes Konditorei in der Jerusalemer Straße verwüstet wurde.⁴ Nach betriebsinternen antisemitischen Angriffen starb Walther Rabow, der Sozius der bekannten Konfektionsfirma „Graumann & Stern“ bereits im Januar 1931 an Herzversagen.⁵

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 bedeutete (nicht nur) für jüdische Konfektionäre gleichwohl eine Zäsur. Denn nun fielen letzte Hemmschwellen, verband sich antisemitische Gewalt mit Verfolgungsmaßnahmen auf städtischer und staatlicher Ebene. Wenn auch die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) in der Textilindustrie zahlenmäßig nicht die gleiche Rolle wie etwa in Belegschaften von Gerichten oder Versicherungsanstalten spielte⁶, gab es auch in Konfektionsbetrieben aktive Nationalsozialisten, die sich in „Betriebszellen“ organisierten und ihre jüdischen Vorgesetzten (und Arbeitskollegen) terrorisierten. Stellten sie auch quantitativ

keine Mehrheit dar, sollte aus mikrohistorischer Perspektive die Qualität ihrer antisemitischen Aktionen in der Wahrnehmung der jüdischen Unternehmer und den daraus resultierenden Folgen nicht unterschätzt werden.

Der staatlich organisierte, inszenierte und reichsweit durchgeführte „Boycott“ am 1. April 1933 bedeutete für die jüdischen Konfektionäre einen neuerlichen tiefen Einschnitt. In ihren Erinnerungsberichten beschrieben überlebende

ehemalige Konfektionäre diesen Tag als Beginn der Verfolgungsmaßnahmen. Bei dieser gewaltsamen Aktion im April 1933 handelte es sich um einen ersten Schritt zur „Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit“. Der Begriff „Boycott“ bildet dabei die Realität nicht ab, die Aktion ist wohl eher als Blockade zu betrachten⁷: Von der SA durchgeführt, die zumindest im größten Reichsland Preußen den Status von Hilfspolizei hatte, und in vielen Fällen einhergehend mit Gewalt, waren keine politischen



Boycott?

Über den sogenannten Boycott berichtete der Berliner Börsen-Courier mit Blick auf die Zensur nur mit großer Zurückhaltung. Dass diese erste reichsweite Aktion gegen Unternehmen, Arzt- und Anwaltspraxen nicht nur mit gewaltsamen Übergriffen einherging, sondern auch ein immenser Schock für alle Juden bedeutete, blieb so unerwähnt.

Börsen-Courier über den „Boycott“ am 1. April 1933.

Veränderungen das Ziel, sondern nur die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit. Der jüdische Rechtsanwalt Eduard Reimer jedenfalls hatte noch 1935 den Mut, den „Boykott“ vom 1. April 1933 als „sittenwidrig“ zu brandmarken. Sein Buch wurde bei Erscheinen offenbar indiziert und ist deshalb bis heute nur in sehr wenigen Bibliotheken zu finden.⁸

*Auf städtischer Ebene, auf der Ebene des Magistrats von Groß-Berlin, fingen Industrie- und Handelskammer (IHK) und Amtsgericht überdies damit an, Konfektionsunternehmen, die sie als jüdisch betrachteten, genau zu überprüfen und nicht selten gezielt zu schikanieren.*⁹

Die IHK arbeitete eng mit der Devisenstelle des Landesfinanzamtes zusammen, hier standen vor allem exportstarke Unternehmen im Fokus. Wenn es um nationalsozialistische Akteure geht, die am Hausvogteiplatz antisemitisch tätig wurden, muss auch die „Adefa“ genannt werden. Hinter der Abkürzung verbarg sich die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Fabrikanten der Bekleidungsindustrie e.V.“, ein im Mai 1933 gegründeter und reichsweit agierender Verein, der prominente Fürsprecher besaß und durch das Reichswirtschaftsministerium, das Reichspropagandaministerium, die IHK sowie die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unterstützt wurde.¹⁰

Die Gründungsmitglieder waren bekennende Nationalsozialisten und beruflich an Schnittstellen von Bekleidungsindustrie und Politik angesiedelt. Die Spitze des Vereins bildeten neben anderen Georg Riegel und Herbert Tengelmann, NSDAP-Mitglieder und Funktionsträger der IHK.¹¹ Als Hauptsitz wählte die „Adefa“ Räume inmitten des Berliner Konfektionsviertels – in der Kronenstraße 48/49. Ziel der „Adefa“ war es zunächst, möglichst alle nicht-jüdischen Unternehmen innerhalb der Bekleidungsbranche zu vereinen. Diese sollten gemeinschaftlich die Kooperation mit jenen Unternehmen auflösen, die als jüdisch erachtet wurden. Die „Adefa“ betrieb Propaganda, veranstaltete Modenschauen und Messen und zeichnete sich durch aggressives Auftreten aus. Sie kooperierte, zumindest in Berlin, auch mit der Industrie- und Handelskammer.¹²

Graumann & Stern

*Im „Dreikaiserjahr“ 1888 gegründet, gehörte das Unternehmen „Graumann & Stern“ bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu den international renommierten Damenkonfektionsfirmen.*¹³ Als Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihres Standings kann der Bau eines eigenen Konfektionshauses in der



Briefkopf „Graumann & Stern Kommanditgesellschaft auf Aktien“

ws Konfektionsviertel prägte. Links im Bild sind die von Carl Gotthard Langhans 1787 erbauten „Mohrenkollonaden“ zu sehen, die ursprünglich als Laubengang über den Festungsgraben dienten und heute den Eingangsbereich des BMJ bilden.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin – Abt. I – Entschädigungsakte,
Reg.-Nr. 271990 (Seev William Stern), Bl. 11 E.2.

Mohrenstraße 36 gelten – das 1900/01 erbaute „Haus Stern“, das zum 25. Firmenjubiläum um mehrere Etagen erweitert wurde.¹⁴

Im Jahr 1913 waren die Brüder Albert und Siegfried Stern Eigentümer der Häuser Mohrenstraße 36, 37 sowie Eigentümer des „Laden 1 Unter den Kolonnaden“ – dem heutigen Hauptein-

gang des BMJ. Darüber hinaus existierten weitere Betriebsräume von „Graumann & Stern“ in der Mohrenstraße 33 und 34/35.¹⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg unterhielt „Graumann & Stern“ neben dem Berliner Stammhaus auch namenhafte Dependancen in New York, London, Kopenhagen und Amsterdam. In den 1920er-Jahren kaufte das Unternehmen die „Sommerfelder Textilwerke

AG“ auf, eine Spinnerei und Weberei im Kreis Krossen, östlich von Frankfurt / Oder, im heutigen Polen, gelegen. Durch dieses Novum innerhalb der Berliner Konfektionsbranche konnte alles, „(...) vom Spinnen der Garne bis zum fertigen Mantel vollkommen in eigener Regie (...)“ hergestellt werden.¹⁶ Die Expansion führte zu fast einer Verdopplung des Jahresumsatzes von 12 Millionen auf 20 Millionen Reichsmark 1920.¹⁷

*Nachdem die Firmengründer 1931 aus Altersgründen aus der Gesellschaft ausgeschieden waren, führten Heinz Graumann und Wilhelm Stern die Firma als oHG weiter, bevor auch Graumann ausschied und Stern daraufhin im Sommer 1932 alleiniger Eigentümer der Firma wurde, die man zu diesem Zwecke in eine Einzelfirma umwandelte.*¹⁸ Es hatte sich zwar die juristische Verfasstheit der Firma geändert. Aber nach außen blieb „Graumann & Stern“ zunächst unverändert bestehen. Aufgrund der Wirtschaftskrise und der antisemitischen Atmosphäre entschied Wilhelm Stern sich dazu, den Betriebsumfang zu verkleinern und zu modernisieren. Während eines ausgedehnten USA-Aufenthaltes hatte er sich bestens mit den modernen Methoden hinsichtlich Betriebsführung und Produktionsverfahren vertraut machen können.¹⁹ Die Ausgangslage war also für den

erfahrenen Konfektionär, der seit Kindertagen darauf vorbereitet wurde, den traditionsreichen Familienbetrieb in der Mohrenstraße zu übernehmen, gut. Auf 800 qm Betriebsfläche arbeiteten rund 40 kaufmännische Angestellte und über 65 Zwischenmeister erhielten Aufträge für die Herstellung von Damenmänteln und -kostümen.

Jedoch veränderte sich bereits vor der Machtübernahme das Betriebsklima zusehends und Wilhelm Stern hatte mit antisemitisch eingestellten Angestellten und Kunden zu kämpfen, deren – zunächst verbale – Angriffe sich häuften.

Die NS-Machtübernahme fiel in das erste Geschäftsjahr unter Sterns Leitung, das am 1. Dezember 1932 begonnen hatte. Stern wurde Zeuge des staatlich verordneten „Boykotts“ und zog aus den politischen Entwicklungen für sich und seine Familie die Konsequenz, Berlin zu verlassen. Allerdings hatte er unterschätzt, wie attraktiv sein Unternehmen war. In Anbetracht von Massenarbeitslosigkeit und einer schwachen wirtschaftlichen Lage hätte der Wegfall dieses devisenbeschaffenden Unternehmens, sei es auch ein jüdisches, einen Verlust bedeutet. Stern erfuhr dies auf schmerzliche Weise: In seinem Betrieb in der Mohrenstraße 36 bildete sich eine „Betriebszelle“, zu deren Obmann Sterns Chauffeur Steffin avancierte.²⁰ Dieser

Rädelsführer hatte die Kündigungsschreiben aller Angestellten gesammelt und nötigte Stern unter Androhung von Gewalt dazu, eine „Verpflichtungserklärung“ zu verfassen, in der er erklärte, die Firma „zum Nutzen der Belegschaft und des deutschen Volkes“ weiterführen zu wollen.²¹ Jedoch genügte diese Szene Steffin offenbar noch nicht: Gefolgt von einer Horde von 25 SA-Männern drang er in der darauffolgenden Nacht in die Wohnung der Familie Stern ein und zwang seinen Chef dazu, eine neue Erklärung zu schreiben, in der er die Firmenschließung revidierte und der „Betriebszelle“ seine Kooperation zusicherte.²² Diese Methode, durch Gewaltausübung Herrschaft zu erlangen und zu sichern, bildete einen fundamentalen Bestandteil der frühen Phase des Nationalsozialismus.²³

*Was darauf folgte, war zunächst „wirtschaftlich unsinnig, aber unter den Verhältnissen notwendig“; wie es Stern einige Jahrzehnte später nüchtern rekapitulierte.*²⁴ Der Konfektionär bot zwei langjährigen Angestellten an, als Mitgesellschafter in das Geschäft einzusteigen. Zum neuen Geschäftsjahr am 1. Dezember 1933 wurde die Einzelfirma erneut in eine offene Handelsgesellschaft (oHG) umgewandelt. Herbert Brückner, der Christ war und Max Sternberg, ein Jude, wurden die Mitge-

sellschafter von Stern, für den die Konditionen jedoch wenig lukrativ waren: Keiner der neuen Gesellschafter musste nennenswertes eigenes Kapital in die Gesellschaft einbringen. Doch wurde ihnen bereits im ersten Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung von 25 % versprochen, die im Folgejahr auf ein Drittel steigen sollte.²⁵ Stern nutzte die Zwangsveränderung, um im europäischen Ausland Exportaufträge für die Damenmäntel- und Kostüme von „Graumann & Stern“ einzuholen. Der Umsatz des Unternehmens stieg im zweiten Geschäftsjahr wieder an und lag bei zwei Millionen Reichsmark. Stern reiste in die Niederlande und in die Schweiz, warb Kunden in Belgien und Luxemburg an, fuhr auch vermehrt nach Palästina. Dort war seine Ehefrau mit den zwei Kindern im Herbst 1933 als Touristin eingereist und hatte sich niedergelassen. Von einer Reise nach Palästina im März 1935 kehrte auch Wilhelm Stern nicht wieder zurück. Die Familie Stern lebte nun in dem kleinen Ort Ramot-Hashawim, der 1933 von deutschen Juden in Palästina gegründet wurde.²⁶ Sie hatten alle Vermögenswerte, ihr gesamtes Hab und Gut in Berlin zurückgelassen und versuchten, sich in Palästina ein neues Unternehmen eine neue Existenz aufzubauen, indem sie in der Landwirtschaft arbeiteten.²⁷

Wilhelm Stern

Ramat - Haschawin, Post Tel-Awe,
den 14. Januar 1936.

An das

Amtsgericht Berlin
Handelsregister

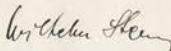
B e r l i n N. 65.

Gerichtstrasse 27

Betr.: 551 HRA. 77729, Bl. 22 H.A.
Offene Handelsgesellschaft Graumann & Stern,
Berlin W.8, Mohrenstr. 36/37

Ich, der unterzeichnete Kaufmann Wilhelm Stern war Gesellschafter der oben bezeichneten Firma. Ich bin aus dieser Gesellschaft ausgeschieden. Ich melde dies hiermit zur Eintragung in das Handelsregister an.

Die verbleibenden Gesellschafter Herbert Brückner und Max Sternberg haben das Geschäft allein übernommen. Sie führen die bisherige Firma allein weiter. Mit der Fortführung der bisherigen Firma bin ich einverstanden.-




Verhandelt zu Jaffa, Deutsches Konsulat, J.No. 199/38.

am 14. Januar 1936.

☐ ~~erlasse~~ durch № 1258/171/31 des Polizeiregistrierenden in Berlin, Polizeiamt Schöneberg-Wilmersdorf, 171. Polizeirevisor, dat. Berlin-Schöneberg, den 8.12.1931 gültig bis 8.12.1936 legitimierte deutsche Staatsangehörige, früher Kaufmann, jetzt Landwirt Wilhelm Stern, geboren in Berlin, am 16.4.1897 wohnhaft in Ramat Haschawin, Palästina,

----- gegen dessen Verfügungsfähigkeit
hies Verfahren einreichte, liegt bei **vorstehende** Schriftbild vor und enthält, mit dem Nachtrag auf Ergänzung, daß er **Nr. 1258/171/31** der Handelsregister

Wilhelm Stern

zum Zweck der Überwachung einmündig geführten habe.

Im Gegenstand der beschriebenen Sache nämlich:

1. des deutschen Staatsangehörigen Dr. Jur Richard Hoffmann,
2. des deutschen staatsangehörigen Martha Hoffmann, beide aus Serona,

~~erlasse~~ wurde vorstehendes Schriftbild in 3 Exemplaren hergestellt, wovon alle 3 Exemplare wie folgt aufzufinden haben:

Wilhelm Stern
.....
Dr. Richard Hoffmann
.....
Martha Hoffmann
.....

Doch die Verhandlung ist, wie sie vorstehend niedergeführt ist, stattgefunden hat, wird hierdurch bekräftigt.

Jaffa, den 14. Januar 1936.

Der Deutsche Konsul



Übersetz. Not.-Aug. Nr.

Ges. u. Tarif Ver. Se & F Nr. 6 des GG.

Sp. 9. 935. - bez.
einhalten.

Am 14. Januar 1936 teilte Wilhelm Stern dem Berliner Amtsgericht seinen Austritt aus der Firma seines Vaters mit und erklärte sich damit einverstanden, dass seine Mitgesellschafter das Unternehmen weiterführten. Nachdem auch Max Sternberg als Jude aus der Firma ausscheiden musste, führte Brückner sie bis zu ihrer Liquidation 1938 weiter; die Abwicklung sollte sich jedoch bis in die 1940er-Jahre hinziehen.²⁸

Brief von Wilhelm Stern an das Amtsgericht Berlin,
14. Januar 1936.

Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, 18687.

Die „Nürnberger Gesetze“ (1935)

Das Jahr 1935 war in Berlin von Gewalt geprägt, die im Juli sogar zu pogromartigen Ausschreitungen am Kurfürstendamm führte, bei denen Schaufenster zerschlagen und Menschen, die in den Augen der (meist) jugendlichen Angreifer jüdisch aussahen, attackiert wurden.

Allerorten wurden in der Stadt nun so genannte Stürmerkästen aufgestellt, in denen das antisemitische Hetzblatt aus Nürnberg ausgebreitet wurde. Auf professionell gefertigten Aufklebern, die zunächst in Bezirken am Berliner Stadtrand, im Laufe des Jahres aber auch in Berlin Mitte angebracht und verteilt wurden, war gleichzeitig zu lesen „Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter“. ²⁹ Provokationen wie diese brachten jedoch andere Berliner dazu, ihre Stimme gegen

die Gewalt zu erheben und sich dem antisemitischen Treiben zu widersetzen. ³⁰ Einer von ihnen war Gerhard Jacobowitz, der viele Jahre in der Kronenstraße 35 ein- und ausgegangen war.

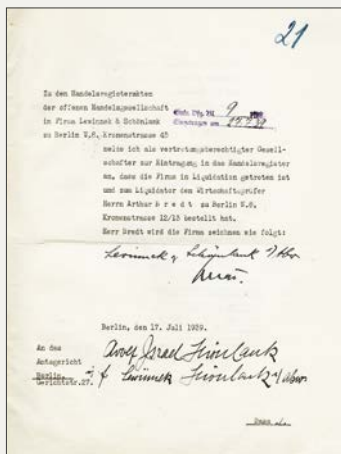
Der Konfektionär und bekennende Sozialdemokrat musste miterleben, wie sein Bruder 1933 in eine Folterstätte der SA-Hilfspolizei verschleppt wurde, die im Zuge der Machtübernahme überall in Berlin „eigenmächtig oder im staatlichen Auftrag“ errichtet wurden. ³¹

Geschockt von omnipräsentem Antisemitismus, äußerte sich Jacobowitz offen gegen die Politik der NSDAP. Nach der Verabschiedung der „Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ 1935, nach denen Jacobowitz als „Volljude“ galt,



Passfoto und Unterschrift von Gerhard Jacobowitz auf einem Ausweis der belgischen Delegation des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen U.N.H.C.R., Brüssel 1952.

LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 265926 (Gerhard Jacobowitz), Bl. M 5



Am 17. Juli 1939 beantragte Adolf Schönlink die Löschung seiner Firma und unterzeichnete mit dem Zwangsvornamen „Israel“.

Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, 44617, Bl. 21



Ausreisegenehmigung

Aufgrund eines Herzleidens wurde Ludwig Lewinnek am 19. März 1942 eine befristete Ausreisegenehmigung aus dem südfranzösischen Internierungslager für einen Kuraufenthalt in Aix-en-Provence ausgestellt.

LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 64806 (Ludwig Lewinnek), o. Bl.

denunzierte ihn jemand bei der Gestapo. Der couragierte Konfektionär hatte jedoch das Glück, rechtzeitig von einem Frontkameraden aus dem Ersten Weltkrieg, der für die Berliner Gestapo arbeitete, gewarnt zu werden. Jacobowitz flüchtete am 22. September 1935 Hals über Kopf nach Belgien. Am nächsten Tag stand die Gestapo vor seiner Berliner Wohnung, traf jedoch nur noch auf Jacobowitz' Ehefrau Zoé Lauvaux. Als belgische Staatsangehörige musste sie 1935 noch keine akute Angst vor Verhaftungen in Berlin haben,

überstand daher diese Situation und folgte kurz darauf ihrem Mann in ihre Heimat.³²

Auch Hermann Mansfeld floh nach den „Nürnberger Gesetzen“ 1935 ins Ausland.

Er war handlungsbevollmächtigter Gesellschafter bei „Lewinnek & Schönlink“ in der Kronenstraße 41 und emigrierte nach Amsterdam. Ludwig S. Lewinnek und Adolf Schönlink konnten die Firma als oHG bis zur ihrer Liquidation 1939 weiterführen. Lewinnek emigrierte im Mai 1939 nach



Einladungskarte der Firma Max Behrendt zur Präsentation der Frühjahrskollektion, Berlin 1930–1939.

Jüdisches Museum Berlin, Foto: Jens Ziehe.

Belgien, wo er Gertrude Wolff heiratete. Wenige Monate später musste das frischgebackene Ehepaar aufgrund der deutschen Besatzung untertauchen. Noch im Mai 1940 wurde Ludwig S. Lewinnek entdeckt und in das südfranzösische Lager Gurs verschleppt. Zwei Jahre später, 1942, gelang es ihm, aufgrund einer Herzkrankheit aus dem Lager entlassen zu werden. Er kehrte zu seiner Frau zurück und gemeinsam flüchteten sie in die Schweiz. Dort wurden sie bis 1945 in einem Flüchtlingslager bei Basel interniert und emigrierten nach dem Ende des Krieges nach Australien.

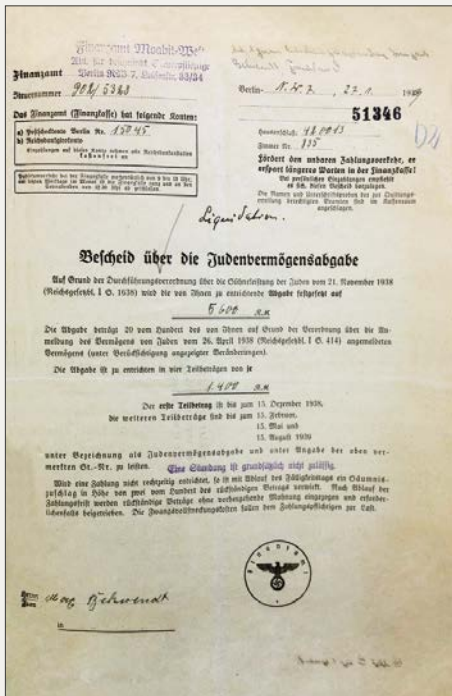
Max Behrendt

*Der Kaufmann Max Behrendt, Alleininhaber der gleichnamigen Firma in der Mohrenstraße 36/37, emigrierte am 15. Oktober 1935 mit seiner Ehefrau nach London.*³³

Im Jahr 1904 hatte der damals 25-jährige Kaufmann Max Behrendt eine – wie es seinerzeit hieß – „Kostümrockfabrik“ gegründet, die schnell zu einer der erfolgreichsten Firmen der Branche avancierte. Behrendt exportierte vor allem Waren nach Dänemark und Großbritannien, wo er eine Zweigniederlassung aufbaute, in der er nach seiner Flucht aus Deutschland weiterhin als Kaufmann tätig sein konnte.

*Durch die Export-Geschäfte geriet Behrendt unter die verschärfte Kontrolle der Devisenprüfstelle.*³⁴

Behrendt war es gelungen, die deutsche Steuerbehörde nicht gänzlich über den Vermögenstransfer für die Errichtung der Londoner Zweigniederlassung in Kenntnis zu setzen. In einem Prüfbericht im Oktober 1938 schlug der Sachverständige vor, den nicht-jüdischen Prokuristen in der Mohrenstraße, „der zwar Arier ist, aber eine jüdische



Bescheid über die Judenvermögensabgabe, 27. Januar 1939

Nach dem Pogrom im November 1938 wurde den Juden in Deutschland eine Sondersteuer auferlegt. Die „Sühneleistung“ war in vier Raten zu zahlen und spülte insgesamt mehr als eine Milliarde Reichsmark in die klammen Kassen des Reichs.

LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 51346 (Max Behrendt), Bl. D.2.

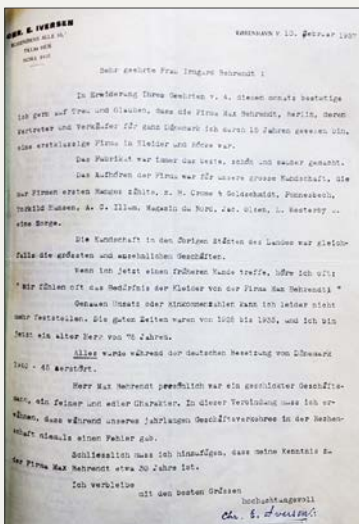
Konfektionsfirmen wie Max Behrendt stellten keine Maßkleider, sondern Kleider in bestimmten Größen her, die sie teils in den eigenen Geschäftsräumen verkauften, teils an Warenhäuser lieferten und exportierten.

Jüdisches Museum Berlin, Farblithographie, Papier, 56 x 36 cm, Foto: Jens Ziehe

Schreiben Chr. E. Iversen an Irmgard Behrendt, 10. Februar 1957

Für das Entschädigungsverfahren bestätigte der dänische Kaufmann, welchen ausgezeichneten Ruf die Firma Max Behrendt genoss.

LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 51346 (Max Behrendt), Bl. 2 E.2.



51/552 Sammelakten Nr. I 3.

Eingegangen 14

Beglaubigte Abschrift

Amtsgericht Berlin

Abt. 551 / 552

Berlin N.65, den 2. Dez. 1939

Folgende Firmen Max Behrendt

Nr. 92 174

sollen gemäß § 141 FGG. im Handelsregister von Amts wegen gelöscht werden. Etwasiger Widerspruch ist binnen drei Monaten seit Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei dem unter = bezeichneten Gerichte geltend zu machen .

(Je ein Bekanntmachungsersuchen)
an JW. und Red.Boten übergeben)
am ... 7. Dez. 1939 ...
gez. Strauß

Verfügung .

1. Vorstehende Bekanntmachung ist zu veröffentlichen (Börsenzeitung, Reichsanzeiger und Völkischen Beobachter) .
2. Auszugsweise begl. Abschrift dieser Verfügung geht zu den einzelnen Akten .
3. Nach 4 Monaten .

Berlin N.65, den 2. Dez. 1939

gez. Luskow

Beglaubigt

51 / 552 HRA. 92 174 ...

Justizsekretär
Justizangestellter

ec. Stz. N. 55

„Brief des Amtsgerichts an Max Behrendt vom 2. Dezember 1939“

„Mit dem Brief teilte das Amtsgericht dem Kaufmann mit, dass seine Firma aus dem Handelsregister gelöscht werde. Hiergegen konnte Max Behrendt keinen Einspruch erheben, da das Amtsgericht den Brief nur an die Firmenadresse sendete und Briefverkehr mit dem Vereinigten Königreich wegen des Krieges nur sehr eingeschränkt möglich war.

Frau hat“, verhaften zu lassen und dadurch Druck auf den Geflüchteten auszuüben. Man nahm dem Prokuristen zu diesem Zweck sogar schon den Pass ab, um eine Flucht auszuschließen.³⁵

Nach dem Pogrom kam der Betrieb völlig zum Erliegen. Die hohen Guthaben der Firma wurden nun dazu benutzt, die so genannte Judenvermögensabgabe und andere Steuern abzuführen. Im April 1940 wurde die Firma dann aus dem Handelsregister gestrichen. In England geriet Max Behrendt indessen in Zahlungsschwierigkeiten und 1941 musste ein Zwangsvergleich mit den Gläubigern geschlossen werden. Er verstarb wenige Tage vor der Befreiung Berlins in London.³⁶

Wie rasant der wirtschaftliche und soziale Abstieg sich für verfolgte Konfektionäre und deren Angehörige vollziehen konnte, zeigt das Schicksal des Kleider- und Blusen-Fabrikanten Bernhard Mendelsohn. Mendelsohn war seit 1934 Firmeninhaber einer Blusen- und Kleiderfabrik in der Jerusalemer Straße 26. Nach zunächst positiven Geschäftsabschlüssen wurde er von Diffamierungen und Verfolgung vermutlich aus dem Umfeld der „Adefa“ gequält und erlitt einen Schlaganfall, der ihn arbeitsunfähig machte. Um sich wirtschaftlich zu behaupten, versuchte seine nicht-jüdische Ehefrau den Betrieb fortzuführen, was jedoch missglückte.³⁷



Arbeitszeugnis vom 26. Juni 1936

Das Arbeitszeugnis attestierte Mendelsohn, er sei „arm und ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhaltes außerstande, die Kosten für die Löschung der Fa. Bernhard Mendelsohn im Handelsregister zu bestreiten“.³⁸

Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, 45206.

Die Radikalisierung der Verfolgung (1937/38)

Seit ihrer Gründung im Mai 1933 war die „Adefa“ unermüdlich damit beschäftigt, Rundbriefe an ihre Mitglieder zu versenden. In diesen wurden diese stets dazu aufgefordert, ihre Handelsbeziehungen mit jüdischen Unternehmen zu beenden. Aus den Schreiben wird bis 1938 deutlich, dass viele Kaufmänner zwar der „Adefa“ angehörten, sie jedoch weiterhin mit ihren jüdischen Kollegen Geschäfte abschlossen.

Ein Grund dafür lag sicher darin, dass es wirtschaftlich unsinnig gewesen wäre, langjährige Geschäftsbeziehungen abzubrechen. Auch das Reichswirtschaftsministerium verfolgte bis Ende 1937 eine eher pragmatische Politik und wies darauf hin, dass die Judenverfolgung sich nicht (zu sehr) auf das Exportgeschäft auswirken dürfe.³⁹ Außerdem gab es noch keine einheitliche Regelung darüber, wann ein Unternehmen als „jüdisch“ anzusehen sei. Deshalb beschloss der Vorstand der Adefa im November 1937, dass sich alle Mitgliedsbetriebe als solche ausweisen und ihre Waren mit der Aufschrift

„Ware aus arischer Hand“ versehen sollten.⁴⁰ Dieser Beschluss ging einher mit einer mehrwöchigen Propagandakampagne, die die Arbeit der „Adefa“ der Bevölkerung näher bringen sollte.⁴¹ Zeitgleich sorgte Hermann Göring als Nachfolger von Hjalmar Schacht als Reichswirtschaftsminister dafür, dass jüdische Gewerbebetriebe definiert und systematisch benachteiligt wurden.⁴² All diese Aktionen zeigen jedoch indirekt auch, dass sich jüdische Unternehmer in der Bekleidungsbranche bis dahin noch gegen die Verfolgungen behaupten konnten.

Karl Leissner

Dass die antisemitische Verfolgung durch die „Adefa“ mit der Politik der Industrie- und Handelskammer Hand in Hand ging, zeigt das Beispiel einer Konfektionsfirma in der Mohrenstraße 37. Diese Firma wurde ursprünglich im Juli 1933 vom Nicht-Juden Kurt Schmidt gegründet. Schmidt hoffte darauf, auch ohne Branchenerfahrung mithilfe eines Zwischenmeisters ein

lukratives Unternehmen aufbauen zu können, erwirtschaftete jedoch keine nennenswerten Gewinne. In dieser Situation wandte sich Schmidt an seinen Freund Karl Leissner, der ihm Ende 1933 ein Darlehen zum Ausbau des Unternehmens gewährt hatte. Daraufhin warf die IHK dem Unternehmen vor, Kurt Leissner sei de facto der Geschäftsführer und sprach von „unzulässiger Namensleihe“. ⁴³ Dies war jedoch mitnichten der Fall: Karl Leissner übernahm erst 1934 die Geschäftsführung, allerdings ohne den Firmennamen „Kurt Schmidt“ zu ändern. Da Leissner allerdings ebenfalls kaum Erfahrung in der Damenkonfektion besaß, wandten sich die Geschäfte auch unter seiner Leitung nicht ins Positive. Daraufhin übernahm sein Bruder, Max Leissner, im Dezember 1935 die Firma. Max Leissner war, wie sein Bruder, polnischer Jude mit Wohnsitz in Berlin. Er hatte bereits über 15 Jahre Berufserfahrung und unter seiner Federführung schrieb das Unternehmen erstmals schwarze Zahlen.

Die „Adefa“ hatte die betrieblichen Veränderungen beobachtet und denunzierte Max Leissner bei der IHK, die ihm daraufhin erneut vorwarf, unter falschem Namen eine Firma zu leiten.

Er wurde daraufhin aufgefordert, seine Firma zu löschen. ⁴⁴ Max Leissner jedoch setzte das Amtsgericht über seine

Absicht in Kenntnis, den Firmennamen in „Max Leissner“ ändern zu wollen. Für die Übergangszeit stempelte er den Schriftzug „Kurt Schmidt“ mit „Jetzt: Max Leissner“ über (s. Abbildung). ⁴⁵

Der Anwalt von Leissner stellte gegenüber dem Amtsgericht klar, dass weder der Ruf der Firma, noch ihr geschäftlicher Erfolg von dem Firmennamen „Kurt Schmidt“ abhängen, da niemand diese Firma kannte.

Leissner schaffte es mit seinem couragierten Verhalten, die Geschäfte von 1935 bis 1938 zu führen. Da er polnischer Jude war, genoss er im nationalsozialistischen Deutschland noch einen gewissen Schutz. Dies sollte sich allerdings im Oktober 1938 grundlegend ändern, denn Leissner wurde Opfer der sogenannten „Polenaktion“. Hintergrund waren diplomatische Auseinandersetzungen zwischen Polen und Deutschland und die – in erster Linie antisemitische – Absicht Polens, im Ausland lebenden Polen die Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Daraufhin verhängte Heinrich Himmler ein Aufenthaltsverbot für polnische Juden und organisierte eine Gestapo-Aktion, während der 17.000 polnische Juden verhaftet, mit Zügen an die deutsch-polnische Grenze verschleppt und über die Grenze getrieben wurden. ⁴⁶ Auch Max Leissner wurde deportiert und nach Polen abgeschoben. Aus Warschau bevollmächtigte Max Leissner dann einen deutschen Treu-

händer, die Löschung und die Liquidation der Firma vorzunehmen.

*Über die Ausmaße der Verdrängung jüdischer Konfektionshäuser am Hausvogteiplatz konstatierte die SoPaDe, die Exilorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dass zum „1. April [1938] (...) etwa 40 der größten Berliner Konfektionsfirmen die Schließung ihrer Betriebe oder die Überführung in arische Hände beschlossen (...)“ hatten!*⁴⁷

In ihren Stimmungsberichten berichtete die SoPaDe über die aggressive Politik der „Adefa“ am Hausvogteiplatz.

*Bereits im Januar 1938 war ein Hetzartikel in der antisemitischen Wochenzeitung „Der Stürmer“ erschienen, der Stimmung gegen jüdische Bekleidungsfirmen machen sollte.*⁴⁸ Der Artikel führte die Firmennamen und Anschriften von 21 Berliner Damenbekleidungsfirmen auf, die angeblich erst 1938 gegründet wurden. Dazu zählten auch die Firmen „Herbert Labandter“ in der Mohrenstraße 37 a, „Ernst Nußbaum“ in der Mohrenstraße 36/37 sowie „Ernst Loepert“ in der Kronenstraße 45. Die Eintragungsdaten im Berliner Handelsregister beweisen jedoch, dass keine dieser Firmen erst 1938, sondern zwischen 1934 und 1936 gegründet wurden. Die Behauptung im „Stürmer“ war schlichtweg eine Lüge und hatte die Funktion, die jüdischen Gesell-

schafter einerseits und ihre Zulieferer und Kunden andererseits öffentlich zu bedrohen, einzuschüchtern und sie so zur Aufgabe zu zwingen. Herbert Labandter führte seit 1934 ein Fabrikationsgeschäft im Erdgeschoss des Hauses Mohrenstraße 37 a, das er am 7. Juli 1934 feierlich eröffnete.⁴⁹ Labandter war spezialisiert auf die Herstellung und den Vertrieb von schwarzen Trauerkleidern und Brautkleidern.⁵⁰ Hier von erhoffte sich der Konfektionär vermutlich einen konstanten Absatz, der keine saisonal bedingten Einschränkungen in sich barg. Obwohl die Behauptung des „Stürmer“ nicht stichhaltig war, trat offenbar der beabsichtigte Effekt ein. Die Firma Labandter wurde noch im gleichen Jahr unter unbekanntem Umständen liquidiert.

Ernst Loepert

Ernst Loepert, dessen gleichnamige Firma ebenfalls aufgelistet wurde, befand sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung gar nicht mehr in Deutschland. Er war unter Zurücklassung seines Geschäftes im Februar 1938 nach Manchester/England emigriert.⁵¹ Loepert, Jahrgang 1895, war vor der Firmengründung als Reisender in der Mädchenkonfektion tätig. Mit einem Eigenkapital von 10.000 RM gründete er seine eigene Firma am 1. Januar 1933, nur wenige Wochen vor der Machtüber-



Vollmacht Max Leissner, Warschau 22. November 1938

Von Warschau aus bevollmächtigte Max Leissner einen deutschen Treuhänder, die Liquidation und Löschung seiner Firma vorzunehmen.

Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, 43467.

Neugegründete jüdische Damenbekleidungsfirmen in Berlin

In Berlin wurden in der Zeitfranke und vor allem in der Damenbekleidungsbranche folgende jüdische Firmen neu gegründet:

Derbet Landauer, Berlin W 8, Mohrenstr. 37 a
 Berg & Müller, Berlin W 8, Kronenstr. 24
 Ernst Hufshaus, Kleider, Berlin W 8, Mohrenstr. 36/37
 Ludwig Tannenberg & Co., Berlin W 8, Markgrafstr. 56
 Hilck & Schulz, Berlin W 19, Jersalemer Str. 22
 Wilhelm Traffen, Inh. Kurt Wiser, Berlin W 19, Jersalemer Straße 16
 Hans Wisker, Berlin W 8, Kronenstr. 55
 Hanni Weinstab, Berlin W 8, Charlottenstraße 29/30
 Wigner & Wolf, GmbH, Berlin W 19, Jersalemer Straße 17
 Philipp Dewo & Co., Komm.-Ges., Berlin W 8, Kronenstr. 32
 Wilhelm Wehl, Berlin W 8, Kronenstr. 45
 Weiserwitz & Co., Berlin W 19, Jersalemer Str. 29
 Ernst Weyer, Berlin W 8, Kronenstr. 36
 Witten-Beer, Berlin W 8, Mohrenstraße 44
 „Witford“ GmbH, Damen-Sportmäntel, Berlin W 8, Mohrenstraße 29/30
 Wied. Jacobl, Berlin W 19, Jersalemer Str. 28
 Kurt Wiedor, Berlin W 19, Jersalemer Str. 28
 Wolfmann & Wolfemann, Berlin W 8, Friedrichstr. 62
 Julius Weyer, Berlin W 8, Markgrafstr. 56
 Gustav Wobitzer, Berlin W 19, Kronenstr. 29
 Fritz Bogel, Berlin W 19, Jersalemer Straße 30

Diese Gründungen sind Beweis dafür, daß es in Deutschland immer noch sogenannte deutsche Wirtschaftskräfte gibt, die dem deutschen Zielstreben den jüdischen vorziehen. Und daß sie noch charakteristisch genug sind, nicht neugegründete deutsche Unternehmen zu unterstützen, ihre Kapitalkräfte den Juden zu geben. Wie der Stürmer richtig festhielt, sollen auch im Osten Frankreich sogenannte „deutsche“ Wirtschaftskräfte von diesen Firmen begehrt. Der Stürmer wird ihre Namen demnächst veröffentlichen.

Antisemitische Hetze

Im Januar 1938 erschien ein Hetzartikel in der antisemitischen Wochenzeitung „Der Stürmer“ mit falschen Behauptungen gegen jüdische Bekleidungsfirmen.

Artikel aus „Der Stürmer“, Januar 1938.

nahme durch die Nationalsozialisten. In der Kronenstraße 36 mietete Loepert 150 qm große Betriebsräume für eine monatliche Miete von 250 RM an. Sie umfassten je einen Verkaufs-, Büro-, Einrichtungs- und Packraum. Angestellt waren ein „kaufmännisches Lehrmädchen“ sowie ein Konfektionär und ein Hausdiener. Bis zu 15 Zwischenmeister erhielten Aufträge von Loepert, die sie außer Haus in ihren Werkstätten anfertigen ließen.⁵²

Um Betriebe hinsichtlich ihrer Existenz und wirtschaftlichen Lage zu überprüfen, schrieb die Berliner Industrie- und Handelskammer seit Herbst 1937 jedes handelsgerichtlich gemeldete Unternehmen an. Dieses Prozedere sollte der Aktualisierung des Handelsregisters dienen. Erhielt die IHK keine Antwort, beantragte sie die Löschung der Firma aus dem Handelsregister und veröffentlichte die vorgesehene Löschung, versehen mit einer Lösungsfrist von drei

Das Amtsgericht Berlin
 Charlottenburg
 Berlin S 62, am 19. Juni 1939

Handelsregister
 HR. 102.7017.

Es wird ersucht, die gegen Wohnung bei nachstehend angeführtem Berlin
 zu löschen und eingetragene
 zu löschen und eingetragene
 zu löschen und eingetragene

Handelsregister
 Name: John Feige
 Geburtsdatum: 18.1.91
 Geburtsort: Bismarckstr. 10, Charlottenburg, Staatsplatz 2

Auf Vernehmung
 des Polizeipräsidenten
 am 18.5.1939
 ist festgestellt
 worden, dass
 der Betrieb
 „Ernst Loepert“
 seit Jahren
 eingestellt
 ist.

Das Amtsgericht
 Berlin S 62
 S. A. Z.

Dr. ...

Brief des Amtsgerichts an den Polizeipräsidenten, 19. Juni 1939

Auf Anfrage der Beamten, die das Handelsregister führten, ermittelte das Meldeamt des Polizeipräsidenten, dass John Feige „am 28.5.38 nach London abgemeldet“ war.

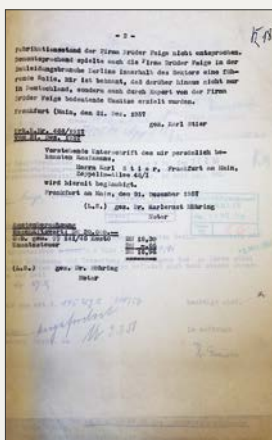
Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, 37773.

Monaten.⁵³ Überdies wurde die aktuelle Anschrift beim Einwohnermeldeamt erfragt. Vor diesem Hintergrund wandte sich die IHK am 12. November 1938 an das Amtsgericht, um die Löschung der Firma „Ernst Loepert“ aus dem Handelsregister zu beantragen, denn die Überprüfung habe ergeben, dass der Betrieb „seit Jahren eingestellt“ sei.⁵⁴

Dieser bürokratische Routinevorgang wirkt im Kontext der jüdischen Konfektionsbetriebe am Hausvogteiplatz makaber, da am 12. November 1938 die gewaltsamen antisemitischen Ausschreitungen in Berlin noch immer nicht völlig beendet und die Betriebsräume der jüdischen Firmen am Hausvogteiplatz ausgeplündert und zerstört waren. Wenige Tage später

wurde Ernst Loepert durch das Amtsgericht zur Löschung aufgefordert. Jedoch befand Loepert sich bereits in Manchester / England, wie es das Einwohnermeldeamt Berlin dem Amtsgericht mitteilte.⁵⁵

Durch die „Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 14. Juni 1938 wurde schließlich offiziell festgelegt, wann ein Unternehmen als jüdisch zu betrachten sei: Sobald mindestens ein Inhaber, Gesellschafter oder Kapitaleigner als Jude nach den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 galt.⁵⁶ Gleichzeitig konnten nun auf eine Anordnung des Polizeipräsidenten hin jüdische Gewerbebetriebe in Berlin gekennzeichnet werden.⁵⁷ Die Flut an Verordnungen und die Konkurrenz durch „Adefa“-Mitglieder, deren liqui-



Bescheinigung Karl Stier, 31. Dezember 1957

Für das Entschädigungsverfahren bestätigte der Frankfurter Kaufmann, welchen ausgezeichneten Ruf die Firma Brüder Feige genoss. Ihre Mäntel waren von solcher Qualität, dass „gleichwertiger Ersatz“ nicht zu finden war.

LABO Berlin, Entschädigungsakte,
Reg.-Nr. 50555 (John Feige), K 17 f.

de Mittel schier unendlich waren, führten auf dem Areal zwischen der Mohren-, Kronen- und Jerusalemer Straße dazu, dass bereits vor dem Novemberpogrom 1938 sechs jüdische Konfektionsunternehmen aufgelöst wurden.⁵⁸

Ebenso vor dem Novemberpogrom emigrierten die Brüder Feige, deren Firmensitz sich in der Mohrenstraße 36/37 befand. Die Brüder Alfred, Erich und John Feige kamen nach dem Ersten Weltkrieg aus Ostpreußen nach Berlin und gründeten hier 1926 unter ihrem Namen eine Damenmäntelfabrik. Der Ruf der Firma war so bedeutend, dass sie keine Vertreter zu beschäftigen brauchten. War eine Kollektion fertig gestellt, strömten die Kunden in die Mohrenstraße.⁵⁹

Entsprechend gehörten sie zu den wenigen Häusern, die nach 1933 mit Genehmigung des Reichwirtschaftsministeriums eine Niederlassung in London aufbauen konnten. Doch litten die Brüder ab 1934 darunter, dass die Nationalsozialistische Betriebszelle in ihrem Betrieb gegen sie hetzte. Immer häufiger lösten auch alte Kunden ihre Geschäftsbeziehungen. Als die Brüder Feige persönlich von der Gestapo vorgeladen und bedroht worden waren, entschlossen sie sich im Frühjahr 1938 zur Flucht nach London. In der Folge trat ihre Firma in Liquidation und wurde im April 1940 aus dem Handelsregister gelöscht. Die erheblichen Außenstände und Guthaben der Firma und ihrer Gesellschafter wurden zur Begleichung von willkürlich konstruierten Steuerschulden eingezogen.⁶⁰

Der Novemberpogrom (1938)

„Eine Gruppe von zehn bis elf Mann drang, mit langen Eisenstangen und Beilen bewaffnet, in die Engros-Geschäfte ein, um dort alles, aber auch alles, was es nur zu zerstören gab, in Trümmer zu schlagen. (...) Kleider, Pelze, Schreibmaschinen, Lampen, Garderobenständer, ja sogar Blumentöpfe aus den großen Verkaufsräumen wurden auf die Straße geworfen. Die gesamten Buchhaltungen, Arbeitszettel und Kartotheke flogen auf die Straße. (...) Unten sorgten Antreiber und Aufpasser dafür, dass die Straße frei war.“⁶¹

So beschrieb eine Passantin, was sie während des mehrtägigen Pogroms im Berliner Konfektionsviertel gesehen hatte. Es war nicht das erste Mal, dass das Konfektionsviertel, ein als „jüdisch“ stigmatisierter Ort, von gewaltbereiten Antisemiten aufgesucht wurde. Jedoch bildete der Novemberpogrom den Höhepunkt der Gewalt gegen die jüdischen Gewerbetreibenden am Hausvogteiplatz. Viele der Geschäfte, die es noch gab, wurden vor aller Augen bei Tageslicht zerstört.

Nach den Gewaltexzessen berief Hermann Göring, Preußischer Ministerpräsident und Leiter der Vierjahresplanbehörde, am 12. November 1938 etliche NS-Institutionen, Wirtschafts- und Versicherungsvertreter zu einer Konferenz im Reichsluftfahrtministerium in

der Wilhelmstraße ein, dem heutigen Dienstsitz des Bundesfinanzministeriums, um die Konsequenzen des Pogroms zu besprechen. Eine Folge war die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“, die die Schließung von jüdischen Einzelhandelsunternehmen, Handwerksbetrieben und Genossenschaften zum 1. Januar 1939 vorsah.⁶² Nur wenige Wochen später, am 3. Dezember 1938, sollten jüdische Unternehmer mit der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ gezwungen werden, ihre Gewerbebetriebe zu veräußern oder abzuwickeln.⁶³

Noch in den Wintermonaten des Jahres 1938 und 1939 wurden 17 jüdische Konfektionsunternehmen auf dem heutigen Areal des BMJ liquidiert und

No. 161.

Bericht einer Dame aus Berlin, "Arierin":

Donnerstag Mittag gegen 1 Uhr trat eine Bande von 13 bis 14 Mann im Konfektionsviertel auf. Drei Mann in guter Garderobe befehligten die uebrigen, welche die "kochende Volksseele" repraesentierten. Diese Gruppe von 10-11 Mann drang, mit langen Eisenstangen und Beilen bewaffnet, in die Engros-Geschaeft ein, um dort alles, aber auch alles, was es nur zu zerstoeeren gab, in Truemmer zu schlagen. Damit war jedoch dieser "kochenden Volksseele" nicht Genuege getan. Kleider, Pelze, Schreibmaschinen, Lampen, Garderobenstaender, ja sogar die Blumentoepfe aus den grossen Verkaufsräumen wurden auf die Strasse geworfen. Die gesamten Buchhaltungen, Arbeitszettel und Kartotheken flogen auf die Strasse. Alles, was man davon berichten kann, ist schwach gegen die Wirklichkeit. Von 1 Uhr bis 6 Uhr klirrten die Scheiben. Auf den Strassen haeuften sich Berge von Glas und das Papier der Buchhaltungen lag wie Schnee ueber allem. Wenn die Horde aus den einzelnen Baeusern zurueckkam, wurden den Leuten von den drei Antreibern die Taschen visitiert, denn die kochende Volksseele durfte nichts stehen. Unten sorgten die Antr ueber und Aufpesser dafuer, dass die Strasse frei war. Mit den Worten: "Strasse frei, hier kommen gleich die Scheiben herunter", wurden die Fassanten zurueckgehalten, waehrend ein anderer den Auto-Verkehr umleitete und parkende Wagen vorher zur Seite geschoben wurden. Bemerken moechte ich ausdruercklich, dass waehrend der ganzen Aktion selbstverstaendlich auch die regulaere Streifen-Verkehrs-Polizei auf den Strassen waren, ohne irgend welche Notiz von den Geschehnissen zu nehmen.

Pogrom

In Amsterdam und London sammelten der aus Deutschland geflüchtete Alfred Wiener und sein Team systematisch Informationen aus dem Deutschen Reich, um die Welt über das Schicksal der Juden aufzuklären. Der Bericht der unbekanntenen Dame ist Teil dieser Sammlung.

Wiener Library London, Bericht, o. D. 046-EA-0450. Books. B.161.

zwei weitere Firmen in den Besitz von Nicht-Juden überführt. Im Jahr 1940 wurden weitere neun Bekleidungsfirmen liquidiert, eine wurde übernommen.⁶⁴

Wolf & Schlachter

Die 1919 gegründete Firma „Wolf & Schlachter“ gehörte zu jenen Konfektionsunternehmen, die direkt nach dem Novemberpogrom in den Besitz von Nicht-Juden überführt wurden. Die Betriebsräume des Unternehmens befanden sich ursprünglich in der Jerusalemer Straße 21, seit Juli 1933 in

der Mohrenstraße 36 und ab 1938 in der Kronenstraße 42/43.⁶⁵ Gesellschafter waren Louis Schlachter und Bruno Wolf, die sich vor allem auf den Export von Damenkleidung konzentrierten, weshalb ihre Umsätze auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht einbrachen. Im Dezember 1935 teilte die Industrie- und Handelskammer dem Amtsgericht im Zuge einer Betriebsprüfung einen Jahresumsatz von rund 1 Million RM sowie die Beschäftigung von über 20 Arbeitnehmern mit.⁶⁶ Louis Wolf emigrierte dennoch 1935 nach Paris und bevollmächtigte



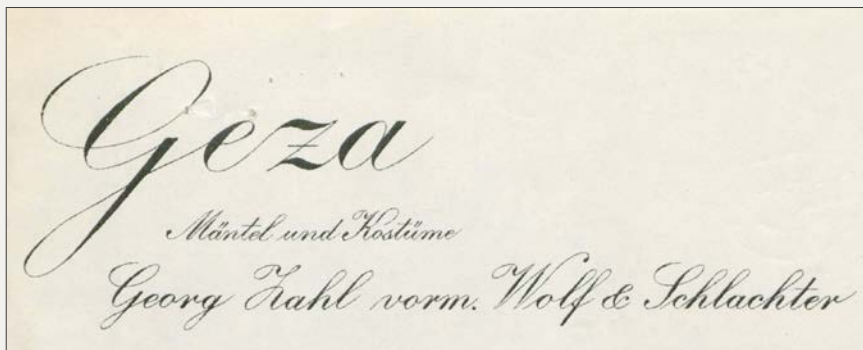
Das Foto zeigt die Belegschaft der Konfektionsfirma „Wolf & Schlachter“ in der Mohrenstraße 36/37. Im Hintergrund sind die konfektionsmässig hergestellten Damenmäntel auf Kleiderstangen zu erkennen. Berlin ca. 1918–1920.

Jüdisches Museum Berlin, Schenkung von Peter Sinclair.



Bruno Schlachter, Gesellschafter der Firma „Wolf & Schlachter“ ca. 1935 mit Besuchern in seinem Büro in der Mohrenstraße.

Jüdisches Museum Berlin, Schenkung von Peter Sinclair.



Georg Zahl, der Käufer der etablierten und exportstarken jüdischen Damenmäntelfabrik „Wolf & Schlachter“, ließ für die Übergangszeit Briefpapier drucken, auf dessen Briefkopf sowohl der alte, als auch der neue Firmenname zu lesen war.

Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02, 14736, Bl. 70.

seinen Kompagnon Bruno Schlachter, alle Entscheidungen in seinem Namen zu treffen. Schlachter blieb in Berlin und erlebte nach und nach seine eigene Entmachtung als Geschäftsführer. Zunächst ernannte er einen seiner nicht-jüdischen Angestellten zum Treuhänder der Firma, wie es seinerzeit viele jüdische Unternehmen tun mussten. Dieser wurde schließlich 1938 durch den Berliner „Reichstrehänder der Arbeit“ als „Betriebsführer“ eingesetzt.⁶⁷ Nach dem Pogrom blieb Schlachter keine andere Möglichkeit mehr, als sein Unternehmen zu veräußern.

Der Erwerb eines jüdischen Unternehmens durch einen Nicht-Juden musste zunächst beim Berliner Polizeipräsidenten beantragt werden. Dieser ließ das

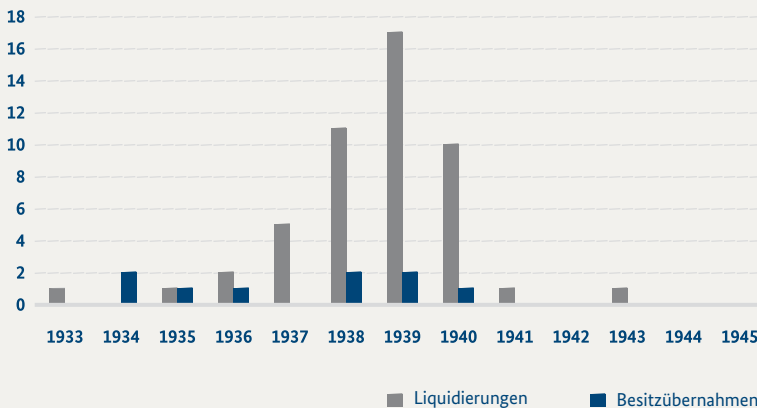
Unternehmen vom nationalsozialistischen Gauwirtschaftsberater Heinrich Hunke prüfen, der als besonders radikal galt, trotzdem aber nach dem Krieg seine Karriere im niedersächsischen Finanzministerium fortsetzen konnte.⁶⁸ Ebenfalls geprüft wurden der potentielle Käufer, besonders das fachmännische Wissen, die Höhe des Eigenkapitals, aber auch die nationalsozialistische Linientreue standen dabei im Vordergrund. Am 23. November 1938 wurde der Kaufvertrag zwischen den Gesellschaftern der oHG „Wolf & Schlachter“ und dem Kaufmann Georg Zahl abgeschlossen. Bruno Schlachter und seine Kollegen mussten sich darin verpflichten, Georg Zahl einzuarbeiten und bezüglich der Exportgeschäfte beratend zur Seite zu stehen.⁶⁹

Diesen Kaufvertrag reichte der Polizeipräsident von Berlin an das „Judenreferat“ des Reichswirtschaftsministeriums weiter. Der „Judenreferent“ Dr. Alf Krüger genehmigte den Kontrakt, erteilte allerdings noch verschiedene Auflagen.⁷⁰ So hatte die Einzahlung der Verkaufssumme von etwa 56.000 RM bis Ende des Jahres 1939 an die Golddiskontbank, einer Tochterbank der Reichsbank, zu erfolgen. Außerdem setzte er die Höhe der fälligen „Entjudungsabgabe“ auf 20.000 RM fest, eine Art Provision für den NS-Staat, die Georg Zahl an die Reichshauptkasse zu zahlen hatte.⁷¹ Am 5. Juni 1939 wurde die Auflösung

der oHG „Wolf & Schlachter“ und Georg Zahl als Alleininhaber der Firma in das Handelsregister eingetragen.⁷² Bruno Schlachter bereitete indes die Auswanderung mit seiner Ehefrau, Selma Wolf, geb. Jacob, nach London vor. Durch die Entrichtung der Zwangsabgaben, der „Judenvermögensabgabe“ und der „Reichsfluchtsteuer“, blieb dem Ehepaar kaum mehr Kapital, um in London eine Existenz aufzubauen. Bruno Schlachter starb in London am 24. Dezember 1951 im Alter von 73 Jahren. Seine Ehefrau Selma bezog lediglich eine geringe Pension, die sie noch im hohen Alter durch Zuverdienste als Schneiderin aufbessern musste.⁷³

Liquidierungen und Besitzübernahmen von Konfektionsfirmen 1933–1945 auf dem heutigen Dienstsitz des BMJ

Die Tabelle zeigt deutlich den Anstieg der Liquidierungen jüdischer Unternehmen, wobei das Jahr 1939 mit 17 Liquidierungen und zwei Übernahmen die Spitze bildete.



Flucht – Nach Shanghai (1938/39)

Der Pogrom bedeutete eine markerschütternde Zäsur innerhalb der Geschichte der Berliner Konfektionsindustrie. Nach dem Pogrom sollte es fast unmöglich werden für jüdisch Verfolgte, in dieser Branche noch einer Beschäftigung nachzugehen, was viele zur Emigration zwang.

Familie Salomon

Das Schicksal der Familie Salomon zeigt, wie weitreichend die Konsequenzen des Pogroms für eine Familiengeschichte sein konnten. Am 28. Februar 1939, einem Dienstag, verließ der 49-jährige Berliner Konfektionär Paul Salomon gemeinsam mit seiner Ehefrau Margarete und der 17-jährigen Tochter Irmgard Deutschland, um Zuflucht in der „offenen Stadt“⁷⁴ Shanghai zu finden. Paul Salomon verdiente seinen Unterhalt zuletzt als selbstständiger Textilvertreter im Berliner Konfektionsviertel. Die Betriebe, für die er tätig war, wurden während des Novemberpogroms 1938 zerstört. Da Paul Salomon der Existenz-

grundlage für sich und seine Familie beraubt wurde und die Angst vor der Verschleppung in ein Konzentrationslager stieg, blieb nur noch der Weg in die Emigration. Die etwa 8.000 Kilometer entfernte chinesische Metropole war jedoch kein freiwillig gewähltes Ziel: Shanghai gehörte 1939 zu den wenigen Orten weltweit, in die Verfolgte aus Mitteleuropa überhaupt noch flüchten konnten.⁷⁵ Gleichzeitig galt Shanghai als ein schrecklicher Ort, zu dem es kaum Alternativen gab. Michael Blumenthal antwortete auf die Frage, weshalb er und seine Familie Shanghai als Fluchtort wählten: „Wir flohen vor dem drohenden Tod, und kein anderes Land hätte uns hereingelassen!“ „Shanghai“, erinnert sich der gebürtige Oranienburger, ehemalige US-Finanzminister und Direktor des Berliner Jüdischen Museums Blumenthal, „stand in einem beängstigenden Ruf als gesetzlose, wilde Stadt in einem vom Krieg erschütterten China (...)“⁷⁶ Paul Salomon war geborener Berliner und gelernter Konfektionär. In einer Damenmäntelfabrik nahe des



Das Arbeitszeugnis ließ Paul Salomon vor seiner Emigration nach Shanghai ausfertigen. Das jüdische Unternehmen „Plessner & Co.“ wurde 1939 liquidiert.

LABO Berlin, Entschädigungsakte,
Reg.-Nr. 5384 (Paul Salomon), Bl. E 4.

Berliner Schlosses legte er den Grundstein für seine Karriere im Berliner Modedistrikt. Diese Karriere sollte mehr als 36 Jahre andauern, abzüglich eines dreijährigen Einsatzes als Soldat im Ersten Weltkrieg.

Nach seiner Lehre arbeitete Paul Salomon sich Schritt für Schritt hoch: Zunächst war er Einrichter in der Firma „Rosenberg & Krumbeck“⁷⁷, anschließend wurde er Konfektionär der Firma „Sally Fraenkel“ in der Mohrenstraße 38 und gründete schließlich am 1. April 1933 – dem Tag des staatlich organisierten „Boykotts“ – seine eigene Firma, die auf Kostümröcke spezialisiert war.⁷⁸

Seine Betriebsräume befanden sich in

nächster Nähe zum Hausvogteiplatz auf einer halben, lichtdurchfluteten Etage.⁷⁹ Seine Frau Margarete übernahm die Buchhaltung und die Geschäfte verliefen zunächst positiv: Es gab einen Hausdiener, zwei Vertreter und genügend Aufträge, um sieben bis acht Zwischenmeister zu beschäftigen.⁸⁰ Jedoch wurden die Angriffe seitens der „Adefa“ so heftig, dass Salomon ihnen nach vier Jahren nicht mehr standhalten konnte und 1937 Konkurs anmelden musste.⁸¹ Er gab seine Geschäftsräume auf, nutzte aber ein über Jahrzehnte erarbeitetes Netzwerk, um bei bekannten Firmen als Vertreter anzuheuern. Zwar konnte er damit zunächst noch seinen Lebensunterhalt sichern. Es bedeutete jedoch

seinen eigenen wirtschaftlichen Abstieg und die Erwerbslosigkeit seiner Ehefrau. Während des Novemberpogroms wurden die Betriebe der Firmen, für die Salomon zuletzt arbeitete, so stark in Mitleidenschaft gezogen, dass sie ebenfalls zur Aufgabe gezwungen waren.⁸² Damit wurde Salomon die letzte Möglichkeit genommen, seinem Beruf nachzugehen.

*Seinem Entschädigungsantrag nach dem Krieg fügte Paul Salomon Arbeitszeugnisse bei, die ihm die Inhaber der Firmen rund zwei Wochen vor der Emigration nach Shanghai ausstellten.*⁸³

Sie sind Zeugnisse in vielerlei Hinsicht: Einerseits bescheinigten sie Paul Salomon eine hervorragende Arbeitsweise, zweifelsfreie Fachkenntnisse und ausgesprochene Beliebtheit bei den Kunden. Ein ehemaliger Arbeitgeber schrieb, dass durch die „Verhältnisse (...) auch Herr Salomon gezwungen [war], seine Tätigkeit für uns einzustellen“. Dadurch legte er auch Zeugnis darüber ab, dass nach fünf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, antisemitischer Verfolgung und Pogrom jüdische Gewerbetreibende den Mut hatten, die Verfolgung – wenn auch nur ansatzweise – anzusprechen.⁸⁴ Die Arbeitszeugnisse bildeten zudem einen wichtigen Bestandteil innerhalb der Emigrationsvorbereitungen für eine zukünftige Existenzsicherung in der

Fremde. Zwei Wochen nach dem Pogrom, am 21. November 1938, leistete Salomon eine Anzahlung in Höhe von 50 RM für die Schiffspassagen an eine Reiseagentur, deren Sitz sich am Boulevard Unter den Linden befand; am 17. Februar 1939 zahlte er weitere 250 RM.⁸⁵ Kurz zuvor ließ er sich seine Lebensversicherung zu einem miserablen Rückkaufswert auszahlen, um die Passagen bezahlen zu können.⁸⁶ Um Unterstützung für die Ausreise nach Shanghai zu erhalten, suchte Salomon den Berliner „Hilfsverein der Juden in Deutschland“ auf.⁸⁷ Während des Nationalsozialismus nahm die Bedeutung dieses Vereins hinsichtlich der Emigration von verfolgten Juden und Jüdinnen enorm zu. Seine Aufgabe war es geworden, „(...) in der ganzen Welt Stätten ausfindig zu machen, an denen arbeitswillige, auswanderungsbereite- und fähige Juden eine friedliche, glückliche Zukunft finden können“, wie es der Hamburger Bankier Max M. Warburg 1936 auf der Generalversammlung formuliert hatte.⁸⁸ Von 1933 bis 1938 half der Verein über 31.000 Menschen bei ihrer Emigration, ca. 20.000 von ihnen flüchteten ins außereuropäische Ausland.⁸⁹ Eine überlieferte Quittung belegt, dass Paul Salomon am 10. Februar 1939 die Geschäftsstelle des Vereins aufsuchte, um 400 RM einzuzahlen, vermutlich um Transitvisen zu erhalten und Bearbei-

| | | | |
|----------------------------|--------------------------------|---|-----|
| Betr. | RM 400 | PI | D12 |
| RM (währen) | Verhundert 400 | PI | |
| von | Paul Israel Salomon, Cassius 2 | | |
| für | Summe 44 Shanghai | | |
| Berlin, den | 10. 2. 1939 | | |
| Überschrift des Einzahlens | | Hilfsverein der Juden in Deutschland Vorsitzender: Paul Israel Salomon | |
| Bearbeitungsvermerk: | Kasse | Buchhaltung: | |

Eine Mitarbeiterin des „Hilfsvereins der Juden in Deutschland“ stellte den Einzahlungsbeleg auf den Namen Paul „Israel“ Salomon aus. Aufgrund einer reichsweiten Verordnung vom 10. Januar 1939 mussten jüdisch verfolgte Männer „Israel“ und Frauen „Sara“ als Zweitnamen tragen.

LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. D 12.

tungsgebühren zu begleichen. Zu dieser Zeit, im Februar 1939, zählte⁹⁰ Paul Salomon zu den insgesamt 36.075 jüdischen „selbstständigen Erwerbslosen“ in der Reichshauptstadt – eine direkte Konsequenz des Novemberpogroms sowie der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“.⁹¹

Die wirtschaftliche Lage der Familie ließ es bereits in den Jahren zuvor nicht zu, Kapital anzuhäufen. Um die Kosten für die Emigration und die Überfahrt nach Shanghai dennoch aufbringen zu können, verkauften Salomons einen Teil ihres Hab und Guts zu „Schleuderpreisen“.⁹² Eine rekonstruierte Aufstellung der Wohnungseinrichtung, die die Anschaffungspreise den Verkaufserlösen gegenüberstellte, ist in der Entschädigungsakte überliefert und vermittelt eindrücklich, welcher Verzweiflung und welchem Zeitdruck die Familie unterlag.

So musste sie die gesamte Schlafzimmereinrichtung zurücklassen, die sie für 2.000 RM gekauft hatten. Radioapparat und Lautsprecher, die Salomon wenige Jahre zuvor für 300 RM erworben hatte, verkaufte er an „unbekannt“ für weniger als 25 RM.⁹³

Am 28. Februar reisten die Salomons mit der Reichsbahn nach München und weiter nach Neapel. Es ist anzunehmen, dass auch sie an der Grenze zu Italien unter erniedrigenden Maßnahmen der deutschen Grenzpolizei litten, wie es viele der Zeitzeugen berichteten: „There was another scary moment, but we survived that“ rekapitulierte Walter Manes in seinen Lebenserinnerungen die Ausreise aus Deutschland.⁹⁴ Nach den deutschen Devisenbestimmungen von 1938 durften Emigranten maximal 10 RM abzüglich 15 Pfennig Bearbeitungsgebühr aus Deutschland ausführen.⁹⁵ Ebenso war es ihnen nicht gestat-

tet, neuwertige Kleidungsstücke und Gegenstände mitzunehmen. Die Flüchtenden sollten in die völlige Mittello-sigkeit getrieben werden. Nur wenigen gelang es, auf illegalem Wege kleine Summen in ein Transitland oder in das Zielland hinauszuführen, um handlungsfähig zu sein. In Neapel bestiegen die Salomons am 28. März 1939 den japanischen Dampfer „Suwa Maru“. Die Reise dauerte etwa einen Monat, wobei es den Emigranten erst in Singapur gestattet war, das Schiff erstmals für wenige Stunden zu verlassen.⁹⁶ In Shanghai angekommen, wurden die Neuankömmlinge durch ein jüdisches Hilfskomitee empfangen und mit Lastwagen vom Hafen in das Viertel Hongkew transportiert. Der Stadtteil Hongkew war während der „Schlacht um Shanghai“ 1937, einer Schlacht im Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieg, stark zerstört worden. Die Ruinen waren notdürftig repariert und zu Sammellagern umfunktioniert worden, in die die mittellosen Flüchtlinge einzogen. Diese Lager erfüllten „buchstäblich eine lebensrettende Funktion“ und für die „meisten war es ein elendes Leben, aber doch wesentlich besser als in einem Konzentrationslager“.⁹⁷ Anschließend mussten sie sich im Konsulat registrieren lassen – ansonsten hätte die Ausbürgerung in Deutschland gedroht.

Schockiert von den Eindrücken der Stadt, bereitete das subtropische Klima Paul Salomon erhebliche gesundheitliche Probleme. Er befand sich während des gesamten Aufenthaltes in ärztlicher Behandlung und beschrieb die Zustände retrospektiv als „mörderische[s] Klima“ zu dem „die ungenügende Hygiene“ kam. Beides habe ihn „dort überhaupt nicht ganz gesund werden lassen“.⁹⁸ Bis zur Übersiedlung in die USA 1947 war er auf die karitativen Leistungen des jüdischen Flüchtlingskomitees angewiesen.

*Als Reaktion auf den enormen Anstieg der Flüchtlinge hatten Shanghaier Juden am 19. Oktober 1938 das „Comittee for the Assistance of European Jewish Refugees in Shanghai“ (CFA) gegründet, das als Dachorganisation der einzelnen Hilfsprojekte fungierte und auch mit dem „American Jewish Joint Distribution Committee“ kooperierte.*⁹⁹ Die Hauptaufgaben bestanden darin, Menschen unterzubringen und mittels Hilfsfonds medizinische und finanzielle Unterstützung zu leisten sowie Beschäftigungsmaßnahmen zu beschaffen.¹⁰⁰ Zwar lebte das Gros der Geflüchteten im besagten Stadtteil Hongkew, aber es herrschte durchaus Bewegungsfreiheit. Menschen, die eine Anstellung in einem der Nachbarviertel gefunden hatten, konnten sie wahrnehmen und eine, wenn auch dürftige, neue Existenz aufbauen.

*Neben den Hürden des Alltags in einer fremden Kultur sollte sich das politische Klima ab 1941 spürbar ändern: Am 7. Dezember 1941 besetzten japanische Truppen während des Pazifikkrieges den „bislang noch freien Teil der Stadt“.*¹⁰¹

Japan, als Bündnispartner Deutschlands, verfolgte nicht den gleichen offenen antisemitischen Kurs wie Deutschland. Jedoch tauchten ab Mitte 1942 immer mehr antisemitische Pamphlete in Shanghai auf, in denen man in nationalsozialistischem Jargon den geflüchteten Juden die Schuld an „Schwarzhandel, Kriminalität und Spitzeltätigkeit“ gab.¹⁰² Zwar wurden in Shanghai keine Konzentrationslager errichtet, wie es ein deutscher Gestapo-Beamter in Tokio nach der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 forderte. Aber die japanische Militärbehörde gab dem deutschen Druck nach und meldete ab 18. Februar 1943, dass „alle nach 1937 angekommenen staatenlosen Flüchtlinge“ sich von nun an in einem „bestimmten Gebiet“ aufzuhalten haben.¹⁰³ Das Viertel Hongkew wurde nun von einem Viertel für europäische jüdische Flüchtlinge zu einem Ghetto, in dem die jüdischen Bewohner durch einen Ansteckknopf gekennzeichnet wurden und einen speziellen Ausweis erhielten, der sie stigmatisierte.

Diese Anordnungen galten auch für Familie Salomon, denn auch sie waren seit dem 25. November 1941 keine deutschen Staatsangehörigen mehr:

Nach der „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ war ihnen – wie den anderen deportierten und emigrierten Jüdinnen und Juden – ihre Staatsangehörigkeit und ihr in Deutschland verbliebenes Eigentum entzogen worden.¹⁰⁴

Im August 1945 endete der Krieg am Pazifik und das Ghetto wurde aufgelöst.

Allerdings bedeutete das noch nicht die Möglichkeit, aus Shanghai auszureisen. Paul Salomon, seine Ehefrau Margarete und Tochter Irmgard entschieden sich gegen eine Rückkehr nach Berlin. Doch es sollten weitere zwei Jahre vergehen, ehe sie Einreisevisen für die USA bekamen. Am 17. Juni 1947 verließen sie Shanghai, um einen Monat später in Minneapolis / USA anzukommen. Hier arbeitete Salomon bis 1955, zunächst in verschiedenen Bekleidungsfirmen, anschließend als Sachbearbeiter. Sein gesundheitlicher Zustand besserte sich zunächst, doch erlitt er 1955 eine Herzattacke, die ihn zur Arbeitsaufgabe zwang. Er starb 1960 in den USA, gekennzeichnet von „aufreibenden Verfolgungsmaßnahmen des Naziregimes [sic]“.¹⁰⁵

Die Deportationen (ab 1941)

Charlotte Baehr

Die Firma „Adolf Baehr“ in der Mohrenstraße 36 / 37 bestand erst seit zwei Jahren, als Adolf Baehr unter unbekanntem Umständen im Januar 1935 verstarb.

Er hinterließ einen gut funktionierenden Betrieb in der Mohrenstraße – auf 340 qm arbeiteten 19 Angestellte an den Entwürfen und dem Vertrieb von Damenkleidern, die 25 Zwischenmeister außer Hause anfertigen ließen. Nach seinem Tod führte ein Verwandter der Witwe die Geschäfte fort, allerdings nur bis 1937, als die Firma liquidiert und gelöscht wurde. Die Witwe Charlotte Baehr (geb. Markwald) und ihre 14-jährige Tochter Ruth mussten von nun an von den Ersparnissen der Familie leben. Es gelang Charlotte, ihrer Tochter Ruth die Ausreise in die Schweiz zu ermöglichen. Dort konnte die junge Frau ihre Schulausbildung beenden. Sie emigrierte 1940 unter katastrophalen Umständen weiter nach Palästina.¹⁰⁶

Charlotte Baehr blieb in Berlin. Sie wurde im Oktober 1941 von der Gestapo

verhaftet und in ein Berliner Sammel- lager gebracht. Am 24. Oktober 1941 wurde sie aus Berlin in das Ghetto Litzmannstadt / Łódź deportiert. Zu diesem Zeitpunkt waren alle ihre Vermögenswerte an das Deutsche Reich gefallen und Charlotte Baehr wurde die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Im Ghetto Litzmannstadt waren Ende 1941 über 200.000 Jüdinnen und Juden auf weniger als vier Quadratkilometern unter unvorstellbaren Bedingungen inhaftiert.¹⁰⁷ Am 4. Mai 1942 wurde Charlotte Baehr in das Vernichtungslager Kulmhof am Ner deportiert und dort ermordet.¹⁰⁸

Sally Fraenkel

Die Damenmäntelfabrik „Sally Fraenkel“ bestand seit 56 Jahren, als die Brüder und Geschäftsführer Max und Manfred Fraenkel unter Angabe des Zwangsnamens „Israel“ am 6. März 1939 ihre Löschung aus dem Handelsregister beantragten. Sally und Siegmund Fraenkel hatten die Firma 1882 gegründet und am 19. April 1901 handelsge-

richtlich eintragen lassen.¹⁰⁹ Während sich Sally Fraenkel um die kreativen Modefragen kümmerte, widmete sich sein Bruder Siegmund vor allem dem kaufmännischen Bereich. Diese Aufteilung war in der Konfektionsbranche üblich und galt als erfolgsversprechend.¹¹⁰ In den 1920er-Jahren übernahmen die Söhne von Sally Fraenkel, Max und Manfred, das Unternehmen und schafften es, die Wirtschaftskrise zu überstehen. Sie verlegten die Betriebsräume 1929 an den Hausvogteiplatz 3/4 und wurden hier Zeugen des Aprilboykotts und der ersten Jahre des Nationalsozialismus. Der Umsatz brach enorm ein – während Max Fraenkel 1934 noch 15–18.000 RM verdiente, halbierte sich sein Einkommen im Jahr 1937.

Ein genauer Blick in das Berliner Adressbuch zeigt, dass „Sally Fraenkel“ vom Hausvogteiplatz, wahrscheinlich von den Hauseigentümern, vertrieben werden sollte, sich die Geschäftsführer jedoch behaupten konnten, indem sie in direkter Nachbarschaft Betriebsräume anmieteten. Zwischen 1936 und 1939 zog die Damenmäntelfabrik gleich zweimal um – dabei stimmen die Zeitpunkte der Umzüge mit den Eigentümerwechseln der Häuser überein. Das Unternehmen befand sich erst seit Ende 1936 in der Mohrenstraße 38.¹¹¹ Eigentümer der Häuser Jerusalemstraße 24

und Mohrenstraße 38 war bis 1937 der jüdische Knopffabrikant Otto Sochaczewer.¹¹² Sochaczewer, selbst Verfolgter, löste sein Unternehmen auf, verkaufte sein Eigentum und emigrierte im Mai 1938 nach Amsterdam. Neuer Eigentümer der beiden Häuser wurde der Nicht-Jude und Regierungsrat a. D. W. Eichmann.¹¹³

Im Laufe des Jahres 1938 zog das Unternehmen erneut um, in die Jerusalemstraße 8. Dies kann durchaus als Behauptungsstrategie von Max und Manfred Fraenkel gegen ihre Verdrängung gewertet werden.¹¹⁴ Ob das Unternehmen während des Novemberpogroms 1938 noch in der Mohrenstraße 38 seinen Sitz hatte, oder ob der Umzug in die Jerusalemstraße 8 bereits stattgefunden hatte, ist unklar. Dass aber der Pogrom eine enorme Zäsur für das Unternehmen und somit für die Familie bedeutete, ist offensichtlich: Manfred Fraenkel war einer der vielen tausend jüdischen Männer, die auf Anordnung Heydrichs im Zuge des Pogroms aus Berlin, aber auch aus Nord- und Ostdeutschland, wie auch Ostpreußen in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt wurden.¹¹⁵ In Sachsenhausen erhielt Manfred Fraenkel die Häftlingsnummer 9110 und ihm wurde der „Häftlingsblock 38“ zugeteilt, der Judenblock wie es im Jargon der Lager-SS

hieß. Hier waren die „Novemberhftlinge“¹¹⁶ unter katastrophalen Umständen untergebracht. Im Lager waren die Männer der Willkür und den Gewaltausbrüchen der Lager-SS ausgesetzt und leisteten schwerste körperliche Arbeit. Dieser Terror sollte dazu dienen, die Gefangenen zur Emigration zu zwingen.¹¹⁷ Fraenkel wurde am 26. November 1938 aus dem KZ entlassen, da er versicherte, nach Großbritannien zu emigrieren.¹¹⁸ Vor der Ausreise nach England, die nach der Konzentrationslagerhaft wohl eher einer Flucht gleichkam, liquidierten die Brüder Max und Manfred die Firma und lösten den Betrieb inklusive des Warenlagers auf, das nach dem Pogrom geplündert und zerstört worden war. Manfred und seine Frau Rose verließen Deutschland im August 1939. Ihr Umzugsgut, das nach England verfrachtet werden sollte, verblieb in Deutschland und wurde im April 1941 zur Versteigerung freigegeben, wobei der Erlös dem deutschen Staat zufiel.¹¹⁹ Die Feststellung des Vermögens der Eheleute Fraenkel sollte bis 1945 andauern. Neben einem Barvermögen von Rose Fraenkel wurde das Guthaben einer ungenutzten Schifffahrtspassage für die „deutsche Amerika-Linie“ festgestellt.¹²⁰ Scheinbar schafften es Fraenkels, auf einem ausländischen Schiff sicher nach England zu gelangen. Jedoch machte diese Mitteilung der Vermgensverwer-

tungsstelle in Bremen den zuständigen Beamten in Berlin stutzig und so erkundigte er sich bei der Einwohnermeldebehrde Berlin, ob Manfred Fraenkel „evakuiert“ worden sei.¹²¹ Diesen Begriff nutzte der Beamte als Euphemismus, um zu erfragen, ob Manfred Fraenkel deportiert wurde. Im Januar 1945 wurde die Enteignung der festgestellten Vermögenswerte durch die Gestapo beim Sicherheitsdienst der SS (SD) beantragt.¹²²

Der Bruder von Manfred, Max, und dessen Ehefrau Martha Fraenkel, geb. Krzywinus, hatten drei junge Töchter, die sie bis 1939 in Sicherheit bringen konnten.

Die Töchter Judith (Jg. 1921) und Eva (Jg. 1924) wurden mit sogenannten Kindertransporten nach London/England geschickt. Hannah (Jg. 1922) kam mit einem „Jugendtransport“ nach Haifa/Palästina.¹²³ Um diese Transporte finanzieren zu können, verkaufte das Ehepaar Fraenkel seine Wohnung samt Einrichtung in der Trautenaustrae 1 in Berlin Wilmersdorf. Sie zogen um in eine Einzimmerwohnung in die Konstanzer Straße 51, die sie sich mit anderen Frauen und Männern teilen mussten. Von hier aus erhielt die Tochter Judith das letzte Lebenszeichen ihrer Eltern.¹²⁴ Diese wurden anschließend verhaftet und in einem der 15 Sammellager bis zum Tag ihrer Deportation

festgehalten.¹²⁵ Dort mussten sie unter Zwang schriftlich erklären, dass sie ihr Vermögen dem Staat vermachten. Am 29. November 1942 fand die Deportation nach Auschwitz vom Güterbahnhof in der Putlitzstraße im Innenstadt-Bezirk Moabit statt.¹²⁶ Es waren 998 jüdische Kinder, Männer und Frauen, die in Güterwaggons zwei Tage lang bis

nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Hierbei handelte es sich um den ersten Transport aus dem „Altreich“ nach Auschwitz.¹²⁷ Max und Martha Fraenkel gelten seitdem als verschollen.¹²⁸ Ob sie noch Zwangsarbeit leisten mussten, oder direkt nach der Selektion ermordet wurden, ist unbekannt.

Die Textilindustrie im Krieg

Die Verdrängung und Vernichtung der jüdischen Konfektionsunternehmen am Hausvogteiplatz, dem heutigen Areal des Bundesministeriums der Justiz, bedeutete das Ende einer über 100-jährigen Berliner Tradition. Zwar blieben nicht-jüdische Modeunternehmen bestehen. Jedoch waren diese in den Häusern der Mohren-, Kronen- und Jerusalemer Straße in der Unterzahl und besaßen oft auch nicht das Renommee ihrer ehemaligen jüdischen Konkurrenten. Jedoch verfügten diese „Adefa“-Mitglieder über Unmengen an Ressourcen, die von der Bank „Sponholz & Co.“ (ehem. Herz) organisiert wurden. Diese Bank hatte ihren Sitz in der Jerusalemer Straße 25 und stattete die nicht-jüdischen Unternehmer mit Krediten aus. So war es ihnen möglich, auch mit geringem Eigenkapital ein ehemals jüdisches Unternehmen zu übernehmen und bald Gewinne zu erwirtschaften. Diesen Weg wählten auch die Gesellschafter von „Hensel & Mortensen“. ¹²⁹ Im Berliner Adressbuch tauchte die Firma in der Kronenstraße 41 erstmals 1939 auf. Dies ist

bereits ein Hinweis darauf, dass es sich dabei nicht mehr um ein jüdisches Unternehmen handeln konnte, denn per Verordnung vom Beginn des Jahres 1938 war eine Genehmigungspflicht für die Eröffnung von Bekleidungsbetrieben eingeführt worden. Jüdische Kaufleute erhielten diese Genehmigung nicht mehr. Die beiden Gesellschafter von „Hensel & Mortensen“ verfügten nur über ein Eigenkapital von 25.000 RM und erhielten bei „Sponholz & Co.“ (ehem. Herz) einen Kredit von über einer Million RM, um vormals jüdische Unternehmen aufzukaufen! ¹³⁰

Die „Adefa“ hatte sich 1939 aufgelöst, nachdem sie die Substanz der jüdischen Gewerbetätigkeit in der Modebranche zerstört hatte. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, das Liquidationsvermögen zur Gründung einer Stiftung zu verwenden. Zweck sollte die „Unterstützung unverschuldet in Not geratener ehemaliger Adefa-Mitglieder oder deren Hinterbliebenen“ sein. ¹³¹

einem von vielen Profiteuren der nationalsozialistischen Verfolgungs- und schließlich Vernichtungspolitik wurde.

Was folgte, war größtenteils eine Verstaatlichung der prominent gelegenen Liegenschaften: Nach der Vertreibung der Firma „Graumann & Stern“ wurde das Deutsche Reich 1939 Eigentümer der Liegenschaft Mohrenstraße 36/37.

Neuer Mieter wurde die „Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbH“, die dem Reichswirtschaftsministerium unterstand. Der Name sollte den tatsächlichen Zweck der Gesellschaft verschleiern, der darin bestand, kriegswichtige Aufgaben für die Rüstungsindustrie zu erfüllen.¹³⁵ Ähnliches galt für das Grundstück Kronenstraße 38–40, dessen Eigentümer das jüdische Bankhaus „Mendelssohn & Co.“ war, bevor

es ab 1941 Eigentum des „Luftgaukommando Nr. III“ wurde.¹³⁶

Die Häuser am Hausvogteiplatz und Gendarmenmarkt wurden während der Luftangriffe der Alliierten auf Berlin teils mehrfach ausgebombt.

Die deutsche Bürokratie funktionierte dennoch: Die Gesellschafter der Firma „GeZa“, die das jüdische Unternehmen „Wolf & Schlachter“ übernommen hatten, meldeten dem Amtsgericht am 23. Februar 1944 einen „Totalschaden“ und forderten neue Abschriften aus dem Handelsregister an.¹³⁷ Auf eine erneute Anfrage einige Zeit später antwortete nun das Amtsgericht im Februar 1945, drei Monate vor Kriegsende, dass aufgrund der kriegsbedingten Verlagerung die Handelsregisterakten nicht zugänglich seien.¹³⁸

Entschädigung und Rückerstattung (1945–heute)

*Die euphemistisch anmutenden Begriffe „Wiedergutmachung“ und „Entschädigung“ bedeuteten für die Seite der Antragsteller häufig einen erbitterten Kampf, der sich über Generationen und Jahrzehnte hinziehen konnte und dessen Ausgang ungewiss war. Die Rückerstattung des seinerzeit unrechtmäßig entzogenen Vermögens ist noch immer nicht ganz abgeschlossen.*¹³⁹

Die ehemaligen jüdischen Konfektionäre vom Hausvogteiplatz, die den Krieg überlebten, begannen in der Nachkriegszeit notgedrungen damit, ihre erlittenen Einzelschicksale niederzuschreiben und in Formblätter einzutragen. Sie mussten ehemalige Nachbarn, Kollegen oder Mitgefangene ausfindig machen, um eidesstattliche Versicherungen zu erhalten über die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945. Das Gleiche galt für die Hinterbliebenen jener Menschen, die deportiert und ermordet worden waren.

Ihr Ziel war es, „Wiedergutmachung“ zu erhalten, wie es in Nachkriegsdeutschland hieß. Aus den USA, Palästina / Israel, Australien, Belgien oder Großbritannien gingen Anträge im Entschädigungsamt Berlin ein. Jedoch sollte es oft viele Jahre dauern, bis die Anträge vollständig waren und ehe sie bearbeitet und über sie entschieden wurde.

Gerhard Jacobowitz aus der Kronenstraße, der im nationalsozialistischen Deutschland nach den „Nürnberger Gesetzen“ als „Volljude“ galt, 1935 nach Belgien emigriert war und dort in der Illegalität gelebt hatte, stellte am 25. September 1955 einen Antrag auf Entschädigung aufgrund von „Schaden an Körper und Gesundheit“, „Schaden an Freiheit“, „Schaden an Vermögen“ sowie „Schaden an beruflichem Fortkommen“. Es sollten fünf Jahre vergehen, bevor er zwei Einmalzahlungen von lediglich insgesamt 6000 DM als Entschädigung für sein körperliches Leid und den „Schaden an Freiheit“ erhielt.¹⁴⁰ Jacobowitz fand einen Bundestagsabge-

BRUNO ROSENHAIN, M.D.
69 67 108th STREET
FOREST HILLS, N.Y.
MEDICAL LICENSE NO. 4432

ÄRZTLICHES ZEUGNIS

Hiermit bestätige ich an Eidesstatt, dass Herr John FEIGE seit zehn Jahren in seiner ärztlichen Behandlung ist. Herr Feige ist heute 66 Jahre alt; er klagt über Kurzatmigkeit im Gehen, gelegentlich Husten, Schlarlockigkeit, aufgetriebenen Leib und häufiges Wasserlassen in der Nacht.

Seit vielen Jahren leidet Herr Feige an einer Verbreiterung des linken Herzens mit Stauungserscheinungen in der Lunge und der Leber. - Gelegentlich wird die unteren Extremitäten geschwollen.

Im Jahre 1955 hat Herr Feige eine Herzattacke erlitten (Coronal Thrombose); seitdem ist er in seiner Leistungsfähigkeit bedeutend mehr geschädigt. Er ist unfähig längere Zeit zu gehen oder Treppen zu steigen.

Herr Feige hat 1938 Deutschland verlassen, nachdem er natürlich im Laufe der politischen Verhältnisse durch schwere geistige und körperliche Anstrengungen gegangen ist. Er ist dann nach England ausgewandert, wo er sich ungefähr zwei Jahre, mit Unterbrechungen in Cuba und Nordamerika, aufgehalten hat. Dieser Versuch zum Aufbau einer Existenz in England war aufregend und anstrengend, besonders da der Versuch fehlgeschlagen ist. Herr Feige ist im März 1940 von England nach Havanna (Cuba) gefahren und hat dort auf die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika bis August 1940 gewartet.

Im Alter von 50 Jahren hat Herr Feige in New York ebenfalls versucht, sich eine Existenz zu schaffen, was mit sehr grosser Mühe, Enttäuschungen und Aufregungen verbunden war. Der Versuch ist wiederum fehlgeschlagen, was bei seinem Alter, sowie der ungeheuren Konkurrenz in New York verständlich ist.

Aus der hier beschriebenen Vorgeschichte ist es klar, dass die Herzschwäche bei einem bis dahin völlig gesunden Menschen sich frühzeitig entwickelt hat. Dieses

BRUNO ROSENHAIN, M.D.
69 67 108th STREET
FOREST HILLS, N.Y.
MEDICAL LICENSE NO. 4432

- 2 -

schwere, jetzt bestehende Herzleiden ist somit als eine sichere Folge der schweren Anstrengungen und Aufregungen zu erklären, welche ihrerzeit wiederum verursacht waren durch die missungewisse Auswanderung, infolge der Verfolgungen und des Boykottes in Deutschland.

Die Arbeitsfähigkeit des Herrn John Feige auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ist um mindestens 70% vermindert.

Dr. Bruno Rosenhain

Forest Hills, den 26. März 1957
Notary Public, State of New York #41-873990
Qualified in Queens County
Term expires March 29, 1958

Attest des Arztes Bruno Rosenhain, New York vom 26. März 1956

Der Arzt bescheinigte, wie stark sich die Verfolgungsmaßnahmen im Deutschen Reich, die langwierige Flucht und der enttäuschende Versuch, sich in New York eine neue Existenz aufzubauen, auf die Gesundheit seines Patienten John Feige niedergeschlagen hatten.

LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 50555 (John Feige), Bl. B 9f.

ordneter der CDU, der sich für seine Belange einsetzte, und erfuhr Unterstützung durch die Deutsche Botschaft in Belgien. Zwanzig Jahre kämpfte Jacobowitz darum, von der Bundesrepublik Deutschland entschädigt zu werden, weil er nach seiner Emigration kein berufli-

ches Auskommen mehr fand. Dies lehnte die Entschädigungsbehörde ab, da Jacobowitz angeblich keine glaubhaften Beweise lieferte.¹⁴¹ Es war ein jahrzehntelang andauernder Briefwechsel, geprägt von Missverständnissen und Verbitterung. 1977 erlitt Jacobowitz einen Schlaganfall.

Paul Salomon, der Konfektionär vom Hausvogteiplatz, der nach dem Pogrom nach Shanghai auswanderte, stellte 1951 einen Antrag auf Entschädigung.

Diesem konnte er alle nötigen obligatorischen Unterlagen beifügen: Einen Auszug aus dem Strafregister, der keine Einträge enthielt, einen Lebenslauf, originale Zeugnisse ehemaliger Arbeitgeber, Gehaltsnachweise aus der Zeit vor der Emigration usw. Er erhielt eine Pauschale aufgrund der Ghettohaft in Shanghai, und kurz vor seinem Tod erreichte ihn ein Bescheid, der ihm eine geringe Rente zusicherte.¹⁴²

Die Teilung der Stadt in Ost- und West-Berlin führte dazu, dass Rückerstattungsansprüche im Ostteil erst nach dem Fall der Mauer auf Grundlage des „Gesetzes zur

Regelung offener Vermögensfragen“ (VermG)¹⁴³ von 1990 geltend gemacht werden konnten.

Da der Hausvogteiplatz in Ost-Berlin lag, wurden die Anträge auf Rückerstattung der ehemaligen Konfektionäre bis zur Wende zurückgewiesen. Nach der Wende handelte es sich de facto um Entschädigungszahlungen, da die Unternehmen in der Regel nicht mehr existierten und „insofern auch nicht rückerstattet werden konnten“.¹⁴⁴

John Feige von der Firma „Feige Brüder“, deren Antrag auf Entschädigung zurückgewiesen wurde, reichte hiergegen Klage ein, die das Landgericht Berlin 1960 jedoch zurückwies. Nach dem Fall der Mauer nahm die Jewish Claims Conference den Fall auf und führte ihn 2005 durch einen Vergleich zum Abschluss.¹⁴⁵

Literatur, Quellen, Archive & Einzelnachweise

Literatur (Auswahl)

Moritz van Dülmen, Wolf Kühnelt, Bjoern Weigel (Hrsg.):
Zerstörte Vielfalt – Berliner Themenjahr 2013, Berlin 2013.

Norbert Frei, José Brunner, Constantin Goschler (Hrsg.):
Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel,
Göttingen 2009.

Alfred Gottwaldt, Diana Schulle,,:
Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich 1941–1945, Wiesbaden 2005.

Wolf Gruner:
Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der
Reichshauptstadt, 2. Auflage, Berlin 2009.

Irene Guenther:
Nazi Chic? Fashioning Women in the Third Reich, Oxford / New York 2004.

Gustav Hochstetter:
Leute machen Kleider. Roman vom Hausvogteiplatz, Berlin 1932.

Akim Jah:
Die Deportation der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sam-
mellager Große Hamburger Straße, Berlin 2013.

Christoph Kreuzmüller:
Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930–1945, 2. Auflage, Berlin 2013.

Christoph Kreuzmüller, Bjoern Weigel:
Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin, Berlin 2013.

Andreas Nachama / Uwe Neumärker / Hermann Simon (Hrsg.):
„Es brennt!“ Antijüdischer Terror im November 1938, Berlin 2008.

Hans Reichmann:
Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937–1939,
bearbeitet von Michael Wildt, München 1998.

Werner Türk:
Konfektion, Berlin / Wien, 1932.

Uwe Westphal:
Berliner Konfektion: Die Zerstörung einer Tradition 1836–1939, 2. Auflage, Berlin 1992.

Michael Wildt, Christoph Kreuzmüller (Hrsg.):
Berlin 1933–1945, Berlin 2013.

Internet-Datenbanken und Quellensammlungen online (Auswahl)

Bundesarchiv:

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945: bundesarchiv.de/gedenkbuch

Humboldt-Universität zu Berlin:

Datenbank jüdischer Gewerbebetriebe 1930-1945: www2.hu-berlin.de/djgb

Landesarchiv Berlin:

Beuth Hochschule für Technik, HistoMap Berlin, amtliches Kartenwerk von Berlin seit 1910: histomapberlin.de

Yad Vashem Jerusalem:

Zugfahrten in den Untergang. Datenbank zu den Deportationen im Rahmen der Shoah (Holocaust): db.yadvashem.org/deportation/search.html?language=de

Zentral- und Landesbibliothek Berlin:

Berliner Adressbücher der Jahre 1799 bis 1943: zlb.de/besondere-angebote/berliner-adressbuecher

Archive

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)

Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP) Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin –

Abt. I – Entschädigungsbehörde (LABO Berlin)

Jüdisches Museum Berlin (JMB)

Landesarchiv Berlin (LAB)

Gedenkstätte Sachsenhausen

Yad Vashem, Jerusalem

Wiener Library, London

Bildnachweise

Bild des Ministers, Vorwort: BPA/Steffen Kugler

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin – Abt. I –
Entschädigungsbehörde (LABO Berlin)

Jüdisches Museum Berlin (JMB)

Landesarchiv Berlin (LAB)

A Rep. 342-02, 33754, Bl. 4 (Fa. Adolf Baehr)

A Rep. 342-02, 63937, Bl. 51 (Fa. Ahders & Basch)

A Rep. 342-02, 37773, Bl. 5 (Fa. Brüder Feige)

A Rep. 342-02, 43607, Bl. 6 (Fa. C. Neumann & Co.)

A Rep. 342-02, 582535, Bl. 41 (Fa. Casper & Co.)

A Rep. 342-02, 47300, Bl. 1 (Fa. Ernst Nussbaum)

A Rep. 342-02, 40527, Bl. 4 (Fa. Erwin Feder)

A Rep. 342-02, 57664, Bl. 62 (Fa. Goldberg & Sander)

A Rep. 342-02, 18687, Bl. 16 (Fa. Graumann & Stern)

A Rep. 342-02, 47858, Bl. 12 (Fa. Hielscher & Co.)

A Rep. 342-02, 47173, Bl. 7 (Fa. Hirsch & Süßkind)

A Rep. 342-02, 34975, Bl. 8 (Fa. Hugo Isaac)

A Rep. 342-02, 36899, Bl. 13 (Fa. Jakobowski & Cohen)

A Rep. 342-02, 34112, Bl. 1 (Fa. Kurt Glesinger)

A Rep. 342-02, 44617, Bl. 12 (Fa. Lewinneck & Schönlack)

B Rep. 342, 33746, Bl. 4 (Lux & Co.)

A Rep. 342-02, 38764, Bl. 7 (Fa. Max Behrendt)

A Rep. 342-02, 43467, Bl. 22 (Max Leissner / Kurt Schmidt)

A Rep. 342-02, 42068, Bl. 7 (Michaelis & Gräfenberg)

A Rep. 342-02, 47654, Bl. 7 (MoTü)

A Rep. 342-02, 47327, Bl. 27 (Paul Aschner)

A Rep. 342-02, 37895, Bl. 22 (Sally Fraenkel)

A Rep. 342-02, 40045, Bl. 1 (Schaul & Manasse)

A Rep. 342-02, 31989, Bl. 98 (Seliger & Co.)

A Rep. 342-02, 15205, Bl. 3 (Treitel & Meyer)

A Rep. 342-02, 40045, Bl. 10 (Walter Wachsner)

A Rep. 342-02, 14736, Bl. 17 (Wolf & Schlachter)

Einzelnachweise

- 1 Laut Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) ist Besitzer einer Sache, wer die faktische Verfügungsgewalt über diese Sache hat. Eigentümer ist hingegen ausschließlich, wem sie rechtmäßig gehört. Wenn die Vorgänge also als „Besitztransfer“ beschrieben werden, gilt die Annahme, dass der Erwerber eine Sache gegen den Willen des Eigentümers erworben hatte und der zum Verkauf genötigte Verkäufer rechtlich Eigentümer der Sache blieb. An diesen Eigentumsvorbehalt knüpfte auch die Rückerstattung an.
Vgl. Ludolf Herbst / Christoph Kreutzmüller / Ingo Loose / Thomas Weihe, Einleitung, in: Ludolf Herbst / Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933–1945, München 2004, S. 9–19, hier: S. 10–13.
- 2 vgl. Datenbank jüdischer Gewerbebetriebe in Berlin 1930–1945, ein Auszug der Datenbank ist online einsehbar unter: www2.hu-berlin.de/djgb [Stand: August 2016].
- 3 vgl. Christoph Kreutzmüller, Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930–1945, Berlin 2013, S. 89.
- 4 Angriffe auf die Konditorei von Isidor Dobrin am 13. Oktober 1930, in: Christoph Kreutzmüller, Bjoern Weigel, Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin, Berlin 2013, S. 48.
- 5 Eidesstattliche Versicherung Seev William Stern, 20.10.1965, in: Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin – Abt. I – (LABO Berlin), Entschädigungsakte Reg.-Nr. 271990 (Seev William Stern), Bl. 074–077, hier: Bl. 075.
- 6 vgl. Rüdiger Hachtmann, Christoph Kreutzmüller, Arbeiter und Arbeiterorganisationen in Berlin (1930–1945), in: Michael Wildt, Christoph Kreutzmüller, Berlin 1933–1945. Stadt und Gesellschaft, Berlin 2013, S. 111–126.
- 7 Zur Begriffsverwendung s. Christoph Kreutzmüller, Der „Boycott“ am 01. April 1933, in: Zerstörte Vielfalt, Wittenbergplatz, berlin.de/2013/themenjahr-open-air/stadtmarkierungen/01-wittenbergplatz-vom-boycott-zum-pogrom/der-boycott-am-1-april-1933 [Stand: August 2016] sowie: ders., Ausverkauf, S. 22 f.
- 8 Eduard Reimer, Kommentar zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zum Zugabe und Rabattrecht, Berlin 1935, S. 559. Zum Schicksal Reimers siehe: Simone Ladwig Winters, Anwalt ohne Recht, Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2007, S. 244.
- 9 Zur antisemitischen Verfolgung seitens IHK und Amtsgerichts. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 184 ff
- 10 vgl. Der Terror gegen die Juden, Februar 1938, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Sopade), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 5. Jg. (1938), S. 191.
- 11 vgl. Irene Guenther, Nazi Chic? Fashioning Women in the Third Reich, Oxford / New York 2004, S. 155 ff.
- 12 Satzung der Adefa-Stiftung, 15.8.1939, in: Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 105, Nr. 4530, Bl. 2.
- 13 Uwe Westphal, Berliner Konfektion: Die Zerstörung einer Tradition 1836–1939, 2. Auflage, Berlin 1992, S. 182.

- 14 vgl. „Haus Stern“ in: Hans-Jürgen Mende, Kurt Wenicke, Berlin Mitte. Das Lexikon, Berlin 2001, S. 278.
- 15 vgl. Historisches Adreßbuch Berlin, 1913.
- 16 Eidesstattliche Versicherung Seev William Stern, 14.2.1954, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 271990 (Seev William Stern), Bl. M 6–M9, hier: Bl. M 7.
- 17 ebd.
- 18 Amtsgericht Charlottenburg, Handblatt aus Handelsregister, in: LAB, A Rep. 342-02, 18687, o. Bl.
- 19 Eidesstattliche Versicherung Seev William Stern, 14.2.1954, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 271990 (Seev William Stern), Bl. M 6–M9, hier: M 8.
- 20 ebd., Bl. M 6.
- 21 ebd., Bl. 077.
- 22 ebd.
- 23 Zum frühen Terror in Berlin s. Stefan Hördler (Hrsg.), SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, Berlin 2013.
- 24 Eidesstattliche Versicherung Seev William Stern an Entschädigungsamt Berlin, 20.10.1965 in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 271990 (Seev William Stern), Bl. 074–077, hier: Bl. 077.
- 25 ebd.
- 26 Eidesstattliche Versicherung Seev William Stern, 14.2.1954, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 271990 (Seev William Stern), Bl. M 6–M9, hier: Bl. M 9.
- 27 ebd.
- 28 DjGB.
- 29 Brief Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) an das 11. Polizeirevier, 1.3.1935, in: Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP), HM2 8806 (RGVA 721/3161).
- 30 vgl. Wolf Gruner, Die Verfolgung der Juden und die Reaktionen der Berliner, in: Wildt / Kreutzmüller, Berlin 1933–1945, S. 311–323.
- 31 Stefan Hördler, Entgrenzung und Eingrenzung der Gewalt, in: Wildt / Kreutzmüller, Berlin 1933–1945, S. 297–310, hier: S. 298; Irene von Götz / Petra Zwaka (Hrsg.), SA-Gefängnis Papestraße. Ein frühes Konzentrationslager in Berlin, Berlin 2013; Eva-Lotte Reimer, Der Folterkeller in der Petersburger Straße, in: Moritz van Dülmen, Wolf Kühnelt, Bjoern Weigel (Hrsg.), Zerstörte Vielfalt – Berliner Themenjahr 2013, Berlin 2013, gedruckt oder online unter: berlin.de/2013/themenjahr-open-air/stadtmarkierun-

gen/ 11-frankfurter-tor-vielfalt-im-untergrund/der-folterkeller-in-der-petersburgerstrasse
[Stand: August 2016].

- 32 Eidesstattliche Erklärung Gerhard Jacobowitz, 5.1.1960, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 265926 (Gerhard Jacobowitz), Bl. C 8.
- 33 Eidesstattliche Versicherung Irmgard Behrendt, 5.3.1951, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 51346 (Max Behrendt), Bl. D 7.
- 34 Devisenprüfbericht der Firma Max Behrendt, 20.10.1938, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), 36A, 2556.
- 35 ebd.
- 36 Eidesstattliche Versicherung Irmgard Behrendt, 5.3.1951, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 51346 (Max Behrendt), Bl. E 3.
- 37 Armutszeugnis des Vormundschaftsgerichts für Bernhard Mendelsohn, 26.6.1936 in: LAB, A Rep. 342-02, 45206, Bl. 11.
- 38 ebd.
- 39 Rundschreiben Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoffindustrie der Adefa, 03.02.1938, in: CAHJP, HM2 / 8806 (3162), Bl. 34.
- 40 Guenther, Nazi Chic, S. 157.
- 41 ebd., S. 157 f.
- 42 vgl. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 201–205. Die Geschichte des Reichswirtschaftsministeriums wird zur Zeit von einer Historikerkommission unter Leitung Albrecht Ritschl untersucht.
- 43 Brief IHK an Amtsgericht, 27.02.1934, in: LAB, A Rep. 342–02, 43467, Bl. 4.
- 44 Mitteilung IHK an Amtsgericht, 29.12.1937, in: LAB, A Rep. 342–02, 43467, Bl. 13.
- 45 Vollmacht Max Leissner, 28.11.1938, in: ebd., Bl. 22.
- 46 Hans Reichmann, Deutscher Bürger und verfolgteter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937–1939, bearbeitet von Michael Wildt, München 1998, S. 20; Trude Maurer, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988, S. 52–73.
- 47 vgl. Bericht vom Februar 1938, in: Sopade-Berichte, 5. Jg., S. 191 ff.
- 48 Neugegründete jüdische Damenbekleidungsfirmen in Berlin, in: Der Stürmer, 3/1938 (Januar 1938).

- 49 Neueröffnungen und handelsgerichtliche Eintragungen, in: Der Konfektionär, 27/1934.
- 50 ebd.
- 51 Handschriftliche Mitteilung Einwohnermeldeamt an Amtsgericht Berlin Mitte, Berlin 29.11.1938, in: LAB, A Rep. 342-02, 44357, Bl. 4.
- 52 Brief IHK an Amtsgericht, Berlin 11.05.1934, in: LAB A Rep. 342-02, 44357, Bl. 2.
- 53 vgl. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 30.
- 54 Brief IHK an Amtsgericht, 12.11.1938, in: LAB A Rep. 342-02, 44357, Bl. 4.
- 55 Mitteilung Einwohnermeldeamt an Amtsgericht, 29.11.1938, in: ebd.
- 56 Gruner, Judenverfolgung, S. 52.
- 57 Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 194 f.
- 58 Die Angaben basieren auf eigenen Erhebungen.
- 59 Brief Bruno Schmitz an Entschädigungsbehörde Berlin, 8.4.1957, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 50555 (John Feige).
- 60 ebd.
- 61 Augenzeugenbericht einer ‚arischen‘ Dame, o. D. (November 1938), in: Wiener Library London, B. 161; vgl. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 160.
- 62 Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1938 I, S. 1580.
- 63 Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens, 3.12.1938, in: RGBl. I, S. 1709.
- 64 Angaben beruhen auf eigene Auswertungen der Handelsregisterakten.
- 65 Mitteilung oHG „Schlachter & Wolf“ an Amtsgericht Berlin, 21.7.1933, in: LAB, A Rep. 342-02, 14736, Bl. 9.
- 66 Bericht IHK an Amtsgericht Berlin, 19.12.35, in: ebd., Bl. 4
- 67 Brief des ehemaligen Betriebsführers Walter Klebba an den Rechtsanwalt Walter Scholz, 22.2.1961, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 74565 (Bruno Schlachter).
- 68 vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Frankfurt 2003, Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 74–76.

- 69 Kaufvertrag zwischen der oHG „Wolf & Schlachter“ und Georg Zahl (Kopie), November 1938, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 74565 (Bruno Schlachter), Bl. D 35 f.
- 70 Brief Dr. Alf Krüger, Reichswirtschaftsministerium an Georg Zahl, 13.4.1939, in: ebd.
- 71 ebd.
- 72 Eintrag Handelsregister, 5.6.1939, in: LAB, A Rep. 342-02, 14736.
- 73 Bescheinigung Association of Jewish Refugees in Great Britain für Selma Schlachter, 24.3.1954, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 74565 (Bruno Schlachter), Bl. M 18.
- 74 Jüdisches Museum im Stadtmuseum Berlin [in Zusammenarbeit mit dem Aktiven Museum e.V.] (Hrsg.), Leben im Wartesaal. Exil in Shanghai 1938–1947, Berlin 1997, S. 13.
- 75 Georg Armbrüster / Michael Kohlstruck / Sonja Mühlberger (Hrsg.), Exil Shanghai 1938–1947. Jüdisches Leben in der Emigration, Teetz 2000.
- 76 Michael Blumenthal, In achtzig Jahren um die Welt, Berlin 2010, S. 103.
- 77 DjGB: Rosenberg & Krumbeck GmbH, Damenmäntel (Textil und Bekleidung), gegründet 1914, liquidiert 1936, Kronenstraße 23 (Mitte).
- 78 Salomon ließ seine Firma nicht in das Handelsregister eintragen, weswegen sie auch nicht in der DjGB auftaucht. Grund für seine Entscheidung war die „damals herrschende Stimmung gegen jüdische Unternehmer“, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte, Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. M 25.
- 79 Lebenslauf Paul Salomon, 16.11.1954, in: ebd.
- 80 ebd.
- 81 ebd.
- 82 vgl. Einträge in DJG: „Pleßner & Co.“ Damenkonfektion und Backfischmäntel, gegründet 1930, liquidiert 1939, Krausenstraße 38 und „Erich Wolfsohn KG“: Damenröcke, gegründet 1935, liquidiert 1939.
- 83 Arbeitszeugnisse der „Plessner & Co.“ an Paul Salomon, 26.12.1938 und „Erich Wolfsohn Kom. Ges.“ an Paul Salomon, 7.02.1939, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. E 4.
- 84 ebd.
- 85 Brief Rechtsanwalt Heinz Lohmüller / Dietrich Jacob an das Entschädigungsamt Berlin, 30. September 1957, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. D 6.
- 86 Brief Nordstern Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft an Rechtsanwalt Dietrich Jacob, 10.11.1955, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. F 3.

- 87 Der Verein, 1901 in Berlin gegründet, hieß ursprünglich „Hilfsverein der deutschen Juden e.V.“ und musste sich im Zuge der Nürnberger Gesetze 1935 umbenennen.
- 88 Max M. Warburg war der Vorsitzende des Kuratoriums des Hilfsvereins, s. hierzu und zitiert aus: Max M. Warburg, Programmatische Ausführungen des Herrn Max M. Warburg auf der Generalversammlung des Hilfsvereins am 30. April 1936, S. 5–11, in: Hilfsverein der Juden in Deutschland e.V., Die Arbeit des Hilfsvereins der Juden in Deutschland 1935–36, Berlin 1936, hier: S. 5.
- 89 Andreas Reinke, Hilfsverein der deutschen Juden, in: Dan Diner (Hrsg.), Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Bd. 3, Stuttgart/Weimar 2012, S. 40–43.
- 90 Wolf Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmassnahmen in der Reichshauptstadt, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 2009.
- 91 Kreuztmüller, Ausverkauf, S. 231.
- 92 Fragebogen D. Schaden an Vermögen, 8.11.1955, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. D 1.
- 93 Aufstellung der verkauften bzw. zurückgelassenen Einrichtungsgegenstände, in: ebd.
- 94 Manuskript, Walter Manes: Life in Germany and Shanghai, China. 1911–1948, London 2011, in: Wiener Library, 1548/1, S. 6.
- 95 Jüdisches Museum, Leben im Wartesaal, S. 21.
- 96 vgl. ebd.
- 97 Jüdisches Museum, Leben im Wartesaal, S. 24.
- 98 Eidesstattliche Versicherung, Krankheitsbericht, Paul Salomon, 27.10.1956, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. B 4 f.
- 99 vgl. Barbara Geldermann, Shanghai a City of Immigrants. Shanghai und die Gründer der ersten jüdischen Gemeinde, die bagdadischen Juden, in: Armbrüster / Kohlstruck / Mühlberger (Hrsg.), Exil Shanghai, S. 46–57.
- 100 Jüdisches Museum, Exil in Shanghai, S. 24.
- 101 ebd., S. 33.
- 102 ebd., S. 34.
- 103 zitiert nach: ebd., S. 35.
- 104 Gruner, Judenverfolgung, S. 148.

- 105 Eidesstattliche Versicherung, Krankheitsbericht Paul Salomon, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. B 4 f.
- 106 Lebenslauf Ruth Spicer (geb. Baehr), 16.06.1952, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 51246 (Charlotte Baehr), Bl. M 12.
- 107 Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941–1944. Ein Gedenkbuch, bearbeitet von Ingo Loose, Berlin 2009, S. 42.
- 108 Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941–1944. Ein Gedenkbuch, bearbeitet von Ingo Loose, Berlin 2009, S. 42.
- 109 Kreuzmüller, Ausverkauf, S. 17.
- 110 Wittkowski, Berliner Damenkonfektion, S. 23.
- 111 vgl. Adressbuch 1936/37.
- 112 DjGB.
- 113 Brief Otto Sochaczewer an Amtsgericht Berlin, Amsterdam, 30.05.1938, in: LAB, A Rep. 342-02, Nr. 38688, S. 16.
- 114 vgl. Kreuzmüller, Ausverkauf, S. 239–331.
- 115 vgl. Günter Morsch, Astrid Ley (Hrsg.), Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945. Ereignisse und Entwicklungen, Berlin 2008, S. 50 ff.; Reichsweit wurden während der Novemberpogrome etwa 26.000 Männer in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt, vgl. Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Die Novemberpogrome 1938. Versuch einer Bilanz, Berlin 2009; Andreas Nachama / Uwe Neumärker / Hermann Simon (Hrsg.), „Es brennt!“ Antijüdischer Terror im November 1938, Berlin 2008.
- 116 Mark Siegelberg, Schutzhaftjude Nr. 13877, Shanghai ca. 1940, S. 176.
- 117 Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen, D 1 A / 1020, Bl. 442; vgl. den Erlebnisbericht: Hans Reichmann, Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939. Bearbeitet und eingeleitet von Michael Wildt, München 1998.
- 118 Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen, D 1 A / 1020, Bl. 442.
- 119 Mitteilung Gestapo Berlin an Finanzamt Berlin Moabit-West, Dienststelle für die Einziehung verfallener Vermögenswerte, 25.04.1941, zitiert nach: Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), Rückerstattungsantrag Fraenkel.
- 120 Mitteilung Vermögensverwertungsstelle Bremen an Vermögensverwertungsstelle Berlin, Bremen 08.06.1943, in: ebd., Bl. 13.

- 121 ebd., Bl. 14.
- 122 So sah es § 8 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 vor.
- 123 Lebensläufe von Judith Bravman (geb. Fraenkel), Ilse Kaplan (geb. Fraenkel), Eva Gottlieb (geb. Fraenkel), o.D., in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 254448 (Max Fraenkel), Bl. M 14–M 16.
- 124 Lebenslauf Max Fraenkel, verfasst von Judith Bravman (geb. Fraenkel), o.D., in: ebd., Bl. M 11; In der Konstanzer Straße 51 befindet sich seit 2006 ein Stolperstein, der an Lizzy Schwerdtfeger (geb. London) erinnert. Sie wurde am 11. Januar 1944 nach Theresienstadt deportiert und starb dort 1945, vgl.: berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/geschichte/stolpersteine/artikel.179314 [Stand: August 2016]
- 125 Akim Jah, Die Deportation der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße, Berlin 2013.
- 126 s. hierzu: ebd.; ders., Sammellager – Deportationsbeginn in der Nachbarschaft, in: Moritz van Dülmen, Wolf Kühnelt, Bjoern Weigel (Hrsg.), Zerstörte Vielfalt – Berliner Themenjahr 2013, Stadtmarkierung 03 Mathilde-Jacob-Platz. Der Weg der Deportierten, Berlin 2013, online unter: berlin.de/2013/themenjahr-open-air/stadtmarkierungen/03-mathilde-jacob-platz-der-weg-der-deportierten/sammellager-deportationsbeginn-in-der-nachbarschaft [Stand: August 2016]
- 127 Alfred Gottwaldt, Diana Schulle, Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich 1941–1945, Wiesbaden 2005, S. 398 f; vgl. Suchergebnis zu dem Transport vom 29.11.1942 von Berlin in: Datenbank der internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem „Zugfahrten in den Untergang. Datenbank zu den Deportationen im Rahmen der Shoah (Holocaust), db.yadvashem.org/deportation/search.html?language=de [Stand: August 2016].
- 128 Lebenslauf Max Fraenkel, verfasst von Judith Bravman (geb. Fraenkel), o.D., in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 254448 (Max Fraenkel), Bl. 11.
- 129 vgl. ebd.
- 130 ebd.
- 131 „Adefa-Stiftung“, in: LAB, C Rep. 105, Nr. 4530.
- 132 vgl. Deulig Tonwoche 369/1939, Wochenschau-Sujets, Deutschland 1939, 10 Min.
- 133 vgl. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 86.
- 134 vgl. Peter Klein, Die ‚Ghettoverwaltung Litzmannstadt‘ 1940–1945. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009, S. 273; Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 86.

- 135 siehe hierzu u.a.: Rainer Karlsch / Raymond G. Stokes, Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003.
- 136 vgl. Historisches Adreßbuch für Groß-Berlin, 1941.
- 137 Meldung „GeZa“ über Totalschaden an das Amtsgericht Berlin, 23.02.1944, LAB, A Rep. 342-02, Nr. 14736, Bl. 73.
- 138 Vermerk Amtsgericht Berlin an „GeZa“, 02.02.1945, in: ebd., Bl. 74.
- 139 vgl. hierzu u. a. Aktives Museum (Hrsg.), Verfahren. Wiedergutmachung im geteilten Berlin nach 1945, Berlin 2015.
- 140 Verfügung Entschädigungsamt Berlin an Senator für Bundesangelegenheiten Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, 26. August 1960, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 265926 (Gerhard Jacobowitz), Bl. M 33.
- 141 Brief Entschädigungsamt Berlin an Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 09.08.1978, in: ebd., Bl. M 80.
- 142 Bescheid Entschädigungsamt Berlin an Rechtsanwalt und Notar Heinz Lohmüller und Rechtsanwalt Dietrich Jacob, 26.03.1959, in: LABO Berlin, Entschädigungsakte Reg.-Nr. 75384 (Paul Salomon), Bl. M 21.
- 143 Text des VermG unter: gesetze-im-internet.de/vermg/BJNR211590990.html [Stand: August 2016].
- 144 Kreuzmüller, Ausverkauf, S. 363.
- 145 BADV-Akten, Feige Brüder, Mohrenstraße 36 / 37, in: BADV, AZ 1-877 / 03 sowie AZ 1-7349 / 03.

Impressum

Diese Druckschrift wird vom Bundesministerium der Justiz im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium der Justiz
Referat Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerdialog
11015 Berlin, www.bmj.de

Verfasser

Dr. Christoph Kreuzmüller, Eva-Lotte Reimer & Prof. Dr. Michael Wildt
Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften
Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Gestaltung:

neues handeln AG

Bildnachweis:

Siehe Auflistung auf Seite 60

Druck:

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt a. M.

Stand:

März 2022

Publikationsbestellung:

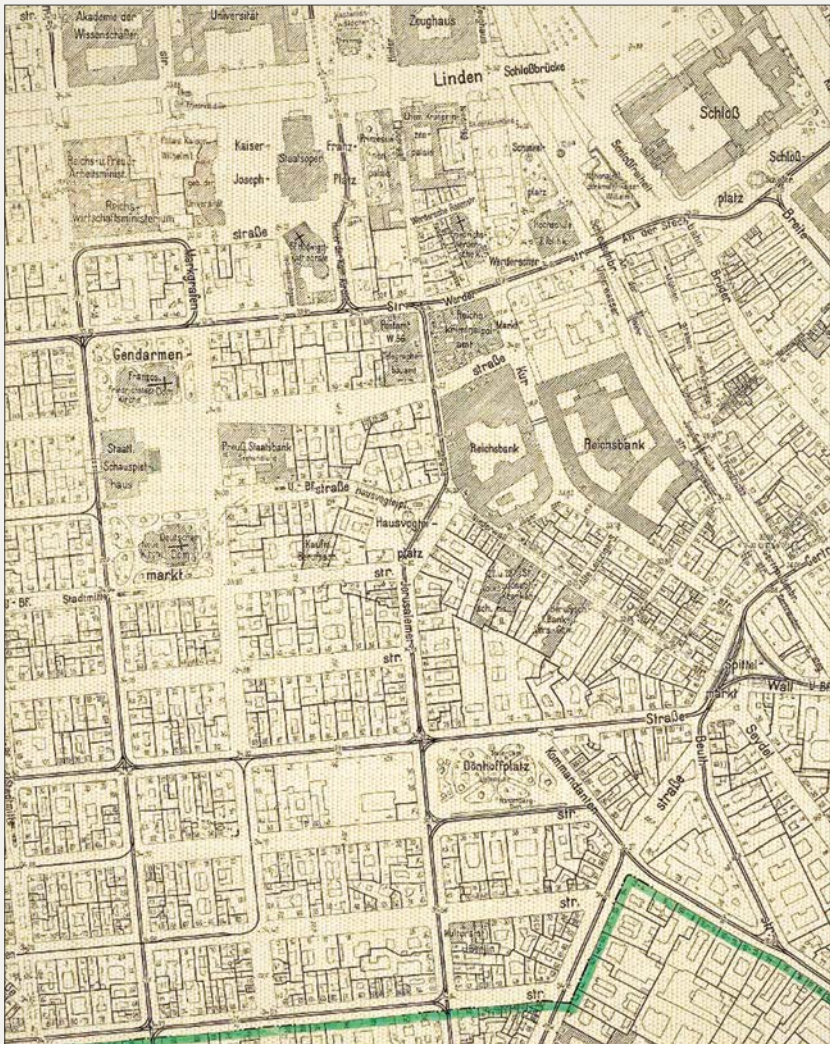
www.bmj.de

Publikationsversand der Bundesregierung:

Postfach 481009, 18132 Rostock

Telefon: (030) 18 272 272 1

Fax: (030) 18 10 272 272 1



Stadtplan von Berlin, Bl. 4232

Die Kartenausschnitte wurden dem amtlichen Kartenwerk „Stadtplan von Berlin“ von 1908 und 1940 entnommen. Zu sehen sind die Grundstücke Mohrenstraße 36 bis 38, Kronenstraße 35 bis 41 und Jerusalemer Straße 24 bis 28, auf denen sich der heutige Dienstsitz des Bundesministeriums der Justiz befindet.

Hauptvermessungsamt der Reichshauptstadt Berlin, Berlin 1940, LAB F Rep. 270, 4232_40.



www.bmj.de

- [facebook.com/bundesjustizministerium](https://www.facebook.com/bundesjustizministerium)
- twitter.com/bmj_bund
- [youtube.com/BMJustiz](https://www.youtube.com/BMJustiz)
- [instagram/bundesjustizministerium](https://www.instagram.com/bundesjustizministerium)